



Oldenburger Studien zur Europäisierung und zur transnationalen Regulierung
(ISSN: 1866-8798)

Ausgewählte Abschlussarbeiten
ST 2023/1

**Die politische Debatte um den Braunkohleausstieg
2018 bis 2020.**

**Eine Untersuchung der Veränderungen der Beliefs
und der Advocacy Koalitionen in Deutschland.**

Miriam Doderer

Zusammenfassung

In der aktuellen Forschungsdebatte um die voranschreitenden Energietransitionsprozesse gewinnt die Destabilisierung des bestehenden sozio-technischen Regimes zunehmend an Bedeutung. Hieran knüpft diese Arbeit mit dem Fokus auf Phase-out Politiken (Ausstiegspolitiken) als ein Aspekt zur Destabilisierung in Energietransitionen an. Der Gegenstand der Arbeit ist demnach der politische Prozess bis zum Beschluss des Braunkohleausstiegs in Deutschland. Mithilfe des Advocacy Coalition Framework (ACF) werden die Überzeugungen (Beliefs) der Akteur*innen in der politischen Debatte um den Braunkohleausstieg zwischen 2018 und 2020 herausgearbeitet, um darauf aufbauend die Veränderungen der Beliefs der Akteur*innenkoalitionen hinsichtlich politischer Wandlungsprozesse zu analysieren.

Für das politische Subsystem des Braunkohleausstiegs werden eine Wirtschafts- und eine Umweltkoalition identifiziert, wobei sich die Wirtschaftscoalition gegen einen schnellen Braunkohleausstieg ausspricht und die Vermeidung der daraus entstehenden Folgen priorisiert. Dem gegenüber steht die Umweltkoalition, die die Einhaltung der Pariser Klimaziele fordert und deshalb einen schnellen Braunkohleausstieg anstrebt. Im Vergleich zu 2018 zeigen die Beliefs der Akteur*innenkoalitionen 2020 fast ausschließlich Veränderungen der Beliefs der Wirtschaftscoalition. Hierbei veränderte sich die Debatte weg von der Frage, ob Deutschland aus der Braunkohleverstromung aussteigt, hin zur Gestaltung dieses Phase-outs. Durch die Repräsentation der Positionen der Wirtschaftscoalition im Kohleausstiegsgesetz 2020 lässt sich ein umfassender Politikwandel im Sinne des ACFs auch mit dem Beschluss des Phase-outs nicht feststellen. Allerdings legen die Ergebnisse nahe, dass der steigende Druck auf die Wirtschaftscoalition durch die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit und die in der Folge darauf erstarkte Umweltkoalition den Beschluss des Braunkohleausstiegs bewirkt haben.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	5
1. Einleitung	6
2. Stand der Forschung: Energietransitionen und die Analyse von Politikwandel	7
2.1 Sozio-technische Transitionsprozesse und der deutsche Energiewandel	7
2.2 Die Multi-Level Perspektive und die Destabilisierung des sozio-technischen Regimes	9
2.3 Phase-out Politiken in der Destabilisierung des bestehenden Regimes	10
2.4 Forschungslücke: Die akteur*innenbasierte Analyse von Phase-out Politiken	12
3. Das Advocacy Coalition Framework	13
3.1 Der theoretische Ansatz zur Analyse von Politikprozessen	13
3.2 Das politische Subsystem	14
3.3 Das Belief System	16
3.4 Die Advocacy Koalitionen	17
3.5 Der Politikwandel	18
3.6 Die Anwendung des ACF auf den deutschen Energiewandel	20
4. Das politische Subsystem: Die Braunkohleverstromung in Deutschland	23
4.1 Die Charakterisierung des Subsystems der Braunkohleverstromung	23
4.2 Die politischen Rahmenbedingungen der Debatte um den Braunkohleausstieg 2018 bis 2020	24
4.3 Die Operationalisierung der Beliefs und der Kriterien für Politikwandel	27
5. Daten und Methodik	32
5.1 Fallstudie	32
5.2 Datenerhebung: Auswahl der Akteur*innen und der Daten	32
5.3 Datenanalyse: Qualitative Inhaltsanalyse	34
6. Empirische Ergebnisse: Policy Core Beliefs, Sekundäraspekte und Advocacy Koalitionen	35
6.1 Die Advocacy Koalitionen in der Debatte um den Braunkohleausstieg	35
6.2 Zur KSWB 2018: Policy Core Beliefs und Sekundäraspekte	37

6.3	Zum Kohleausstiegsgesetz 2020: Veränderungen der Policy Core Beliefs und Sekundäraspekte	43
6.4	Diskussion: Wie veränderten sich die Beliefs der Advocacy Koalitionen?	47
7.	Empirische Ergebnisse: Kriterien von Politikwandel	50
7.1	Analyse der Kriterien und der Einflussfaktoren von Politikwandel	50
7.2	Diskussion: Inwieweit hat ein politischer Wandel stattgefunden?	51
8.	Fazit	53
	Literaturverzeichnis	55
	Anhang	68

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: ACF Flussdiagramm	19
Abb. 2: Eckdaten des Gesetzgebungsprozess zum Kohleausstieg von 2018 bis 2020	27
Tab. 1: Die Dimensionen der Policy Core Beliefs	29
Abb. 3: Einflussfaktoren für Politikwandel	31
Tab. 2: Die Advocacy Koalitionen des Braunkohleausstiegs	37
Tab. 3: Policy Core Beliefs der Wirtschafts- und der Umweltkoalition 2018	42
Tab. 4: Die Policy Core Beliefs der Wirtschafts- und der Umweltkoalition 2020	46

Abkürzungsverzeichnis

ACF	Advocacy Coalition Framework
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-soziale Union
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
KSWB	Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
MLP	Multi-Level Perspektive
NGO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UBA	Umweltbundesamt

1. Einleitung

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Energiesektor in Deutschland im Zuge des Energiewandels stark verändert. So ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch seit 1990 von 3,4 auf 45,4 Prozent im Jahr 2020 angestiegen (UBA 2021). Nach dem Klimaschutzplan der Bundesregierung für 2050 sollen die Emissionen aus dem Energiesektor in Deutschland bis 2030 um etwas über 60 Prozent gegenüber 1990 sinken (BMU 2016). Davon wurde bis 2017 eine Reduktion um 36 Prozent erreicht, was dem Ausbau der erneuerbaren Energien im Zuge des Energiewandels zuzuschreiben ist (UBA 2020). Für die weitere Reduktion der Emissionen spielt die Braunkohleverstromung eine entscheidende Rolle, denn durch den hohen Emissionsfaktor trägt sie zu einem wesentlichen Teil der Emissionen im Energiesektor bei (ebd.). So können die Ziele für 2030 laut Klimaschutzplan „nur erreicht werden, wenn die Kohleverstromung schrittweise verringert wird“ (BMU 2016). Aus diesem Grund wurde die Debatte um die Phase-out Politik (Ausstiegspolitik) der fossilen Energieträger in Deutschland in den letzten Jahren intensiviert (Leipprand und Flachland 2018: 191). An der öffentlichen Debatte beteiligten sich verschiedene Akteur*innen des Energiesektors mit ihren unterschiedlichen Überzeugungen und nahmen Einfluss auf die politische Gestaltung der Reduktion der Braunkohleverstromung. Die Debatte um den Kohleausstieg mündete 2020 in dem vom Bundestag beschlossenen Kohleausstiegsgesetz, wonach Deutschland spätestens 2038 aus der Braunkohleverstromung aussteigen soll. Damit ist dieser Beschluss ein Beispiel für Phase-out Politiken und das Ergebnis der Debatte über die Zukunft der Braunkohle in Deutschland.

Auch in der Forschung zu Transitionsprozessen kommt der sogenannten „flipside of energy transitions“ (Kehrseite der Energietransitionen) eine wachsende Bedeutung zu, bei der die Destabilisierung des bestehenden Energiesystems durch Phase-out Politiken mit dem Ziel der Umstellung auf erneuerbare Energien im Fokus steht (Turnheim und Geels 2012). Mit der Untersuchung des Braunkohleausstiegs im deutschen Energiewandel verwendet diese Arbeit ein in der Empirie viel untersuchtes Beispiel einer Energietransition und schließt damit an die aktuelle Forschungsdebatte an (Markard et al. 2021; Müller-Hansen et al. 2021; Brauers et al. 2020). Dazu wird in dieser Arbeit die Debatte um den Braunkohleausstieg mithilfe des Advocacy Coalition Frameworks (ACF), eines akteur*innenbasierten Ansatzes zur Analy-

se von Politikprozessen, untersucht. Der Beitrag der Arbeit besteht dabei in der Analyse des politischen Wandlungsprozesses auf Basis der Veränderungen der Überzeugungen der Akteur*innen. Dazu werden in dieser Arbeit folgende Fragestellungen untersucht:

- 1) *Wie veränderten sich die Überzeugungen (Beliefs) der Akteur*innen in der Debatte um den Braunkohleausstieg von 2018 bis 2020?*
- 2) *Inwiefern hat ein politischer Wandlungsprozess durch die veränderten Überzeugungen (Beliefs) der Akteur*innen stattgefunden?*

Für die Beantwortung der Fragestellungen wird zuerst der Stand der Forschung zu Transitionsprozessen im Energiesektor dargestellt. Dabei wird der Anknüpfungspunkt der Arbeit in der Analyse von Phase-out Politiken im deutschen Energiewandel beschrieben, um dann anschließend das ACF als akteur*innenbasierten Analyserahmen dieser Arbeit vorzustellen. Für die Anwendung des ACFs wird das Fallbeispiel des Braunkohleausstiegs mit den Hintergründen der Debatte in Deutschland dargestellt, damit die Strukturen des ACFs im Anschluss auf den Untersuchungsgegenstand zugeschnitten und operationalisiert werden können. Im nächsten Kapitel erfolgt die Beschreibung der Methodik für die Erhebung und Auswertung der empirischen Daten. Dabei werden zuerst die Ergebnisse der Analyse der Überzeugungen (Beliefs) und deren Veränderungen vorgestellt und diskutiert, sodass auf dieser Basis die Einflussfaktoren für Politikwandel im Hinblick auf die Fragestellung und den Forschungsstand erörtert werden können. Die Arbeit schließt mit einem Fazit.

2. Stand der Forschung: Energietransitionen und die Analyse von Politikwandel

2.1 Sozio-technische Transitionsprozesse und der deutsche Energiewandel

Diese Arbeit lässt sich in der Forschung zu nachhaltigen Transitionsprozessen im Energiesektor verorten. Um die Forschungslücke und damit den Ansatzpunkt dieser Arbeit aufzuzeigen, wird der aktuelle Forschungsstand im Bereich Energietransitionen im Folgenden dargestellt. Dabei sind Energietransitionen empirische Beispiele von aktuell andauernden Transitionsprozessen, die mithilfe verschiedener Transitionstheorien umfassend untersucht wurden und werden (Markard et al. 2012: 961; Fischer und Newig 2016: 476). Nachhaltige Transitionsprozesse werden von Markard et al. (2012: 956) als “long-term, multi-dimensional, and fundamental transformation processes through which established socio-technical systems

shift to more sustainable modes of production and consumption“ definiert. Demnach spielen die Intention und Zielgerichtetheit bei dem grundlegenden Wandlungsprozess eine wichtige Rolle (Markard et al. 2012: 957). Für die Erklärung und Analyse von Transitionsprozessen existieren verschiedene theoretische Ansätze, die den Prozess aus unterschiedlicher Perspektive konzeptualisieren (Smith et al. 2010; Markard et al. 2012; Köhler et al. 2019: 4). Für die Beschreibung des aktuellen Forschungsstandes und der daraus resultierenden Forschungslücke ist der theoretische Ansatz der Multi-Level Perspektive grundlegend und wird im Kapitel 2.2 kurz erläutert.

Gleichzeitig basiert diese Arbeit auf der umfassenden Forschungsdebatte des deutschen Energiewandels. Diese gehört zu den in der Forschung besonders viel diskutierten Beispielen nachhaltiger Transitionsprozesse, die insbesondere aufgrund der umfangreichen Zielstellungen eine starke Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Strommix und den Ausstieg aus der Atomenergie beinhalten (Quitow et al. 2016: 163). Dies erfordert verschiedene Veränderungsprozesse, wie beispielsweise den Wechsel von einem zentral strukturierten Energiesektor hin zu einer dezentralen Energieinfrastruktur (Geels et al. 2016: 901; Quitow et al. 2016: 166). Für die Untersuchung des deutschen Energiewandels aus historischer Perspektive stellen Hake et al. (2015) Pfadabhängigkeiten und Faktoren des Wandels seit 1950 heraus. Zusätzlich dazu beschreibt die Arbeit von Geels et al. (2016) mithilfe einer Multi-Level Analyse die Dynamiken zwischen verschiedenen Ebenen im deutschen Energiewandel unter Berücksichtigung der Akteur*innen, der Technologien und der Institutionen. Schmid et al. (2016) untersuchen in ihrer Arbeit die unterschiedlichen Akteur*innen der deutschen Energiewende im Hinblick auf ihre Rollen und Motive im Transitionsprozess.

Ein Kernprozess des deutschen Energiewandels ist der breite Ausbau erneuerbarer Energien, der von Jacobsson und Lauber (2006) untersucht wurde. Die dazugehörigen politischen Veränderungen wurden in der Arbeit von Hirschl (2008) umfassend beschrieben. Durch diesen Ausbau und den wachsenden Einfluss der Vertreter*innen erneuerbarer Energien wurden die etablierten Akteur*innen der Energieversorgung mit Herausforderungen konfrontiert, die von Kungl (2015) untersucht wurden. Zusätzlich dazu gibt es umfangreiche Studien zu Teilaspekten des Energiewandels. So untersuchen Reichardt et al. (2016) beispielsweise die Politiken, die das Technologische Innovationssystem Offshore-Wind in Deutschland beein-

flussen. Die vorliegende Arbeit beschreibt ebenfalls einen Teilaspekt des deutschen Energiewandels – den Braunkohleausstieg – im Hinblick auf die beteiligten Akteur*innen, ihre Überzeugungen und Akteur*innenkoalitionen. Damit lässt sich diese Arbeit in der Forschungsdebatte zum deutschen Energiewandel verorten und soll einen Beitrag zu dessen Analyse leisten.

2.2 Die Multi-Level Perspektive und die Destabilisierung des sozio-technischen Regimes

Die Multi-Level Perspektive (MLP) beschreibt den Transitionsprozess als Verschiebung von einem sozio-technischen System zu einem anderen (Geels und Schot 2011: 11). Sozio-technische Systeme vereinen dabei die technologische und gesellschaftliche Dimension von Wandel und deren Wechselwirkungen (Geels 2004: 902). Sie sind über einen langen Zeitraum stabil und verändern sich inkrementell entlang eines Entwicklungspfades, der durch sogenannte Lock-in Mechanismen bestimmt wird (Geels 2002: 1260; Geels und Schot 2011: 19f.). Dies können beispielsweise Routinen, Institutionen oder dominante Technologien sein, die eine andere Entwicklungsrichtung unwahrscheinlicher machen (Geels und Schot 2011: 20). In der MLP werden Transitionsprozesse als koevolutionäre Prozesse dargestellt, die im Zusammenspiel zwischen den drei Leveln (Ebenen) der MLP – der Nische, dem sozio-technischen Regime und der sozio-technischen Landschaft – entstehen, wobei die Ebene des sozio-technischen Regimes die Eigenschaften der Stabilität und der Lock-in Mechanismen beinhaltet (Geels und Schot 2011: 18f.).

In Studien wurde der Fokus dabei zumeist auf die technologischen und innovativen Entwicklungen in Nischen zu Beginn von Transitionsprozessen gelegt (Leipprand und Flachland 2018: 191; Markard et al. 2020: 1). Diese beschreiben die Entstehung von Nischen, in denen Innovationen geschützt entwickelt werden, und den Übergang in das bestehende sozio-technische Regime, bei dem die Innovationen mit dem bestehenden Regime in den Wettbewerb treten und es gegebenenfalls ersetzen (Geels und Schot 2011: 22). Für diesen Übergang sind sogenannte Gelegenheitsfenster („windows of opportunity“) von Bedeutung, die das bestehende sozio-technische Regime destabilisieren und für Innovationen aus den Nischen öffnen (Geels und Schot 2011: 26). Diese können zum Beispiel durch einen erhöhten Druck auf das System aus der sozio-technischen Landschaft entstehen (Geels und Schot

2011: 25). Die Landschaft beinhaltet die externen Kontextfaktoren des sozio-technischen Regimes und steht deshalb außerhalb ihres direkten Einflussbereichs (Geels und Schot 2011: 23). Solange das sozio-technische Regime stabil ist, ist die Wahrscheinlichkeit für den Übergang von Innovationen aus den Nischen in das Regime sehr gering (Geels und Schot 2011: 25).

Die Destabilisierung des bestehenden Regimes und die daraus resultierende Öffnung für Innovationen aus den Nischen mithilfe von Gelegenheitsfenstern ist ein Aspekt des sozio-technischen Transformationsprozesses. Sie wird als sogenannte „flipside of energy transitions“ (Turnheim und Geels 2012: 35) beschrieben, bei der es um den Rückgang des Einflusses der Incumbents (der etablierten Akteur*innen) geht. Im Phasenmodell des Energiewandels von Markard (2018) wird dies ebenfalls aufgeführt. Danach lässt sich der Prozess des Energiewandels in zwei Phasen unterteilen, wobei sich der deutsche Energiewandel in der zweiten Phase befindet (Markard 2018: 628). Diese Phase ist durch den Rückgang der vorherrschenden Technologien zur Energiegewinnung und einer Verringerung der Macht ihrer Akteur*innen auf das Wirtschaftsgeschehen gekennzeichnet, sodass die Akteur*innen der erneuerbaren Energien an Macht gewinnen (Markard 2018: 630). Demnach ist die Destabilisierung und in Folge darauf die Verringerung des Einflusses der Incumbents ein zentraler Entwicklungsprozess dieser Phase. In der empirischen Forschung ist der Destabilisierungsprozess bisher eher unterrepräsentiert (Turnheim und Geels 2012: 35; Rogge und Johnstone 2017: 128; Markard 2018: 632). Mit dem Voranschreiten des Energiewandels in vielen Ländern kommt diesem Teil des Transitionsprozesses mehr Bedeutung zu (Kivimaa und Kern 2016: 205; Kungl und Geels 2018: 78; Markard 2018: 632).

2.3 Phase-out Politiken in der Destabilisierung des bestehenden Regimes

Der Rückgang des Einflusses der Incumbents und die Destabilisierung des bestehenden Regimes haben verschiedene Ursachen und werden durch das Zusammenwirken verschiedener Prozesse verstärkt. So zeigen Kungl und Geels (2016), dass der Druck auf die Incumbents des deutschen Energiesektors aufgrund verschiedener externer Faktoren über einen langen Zeitraum gestiegen ist und in ihrem Zusammenwirken zu einer Destabilisierung geführt hat. Zusätzlich dazu kann die Verringerung des Einflusses der Incumbents auch als Konsequenz auf darauf abzielende Politikentscheidungen zustande kommen (Stegmaier et al. 2014: 111;

Kivimaa und Kern 2016: 206). Dementsprechend sind Policies, die das sozio-technische System betreffen, ein wichtiger Kernaspekt des Transitionsprozesses. Markard et al. (2016: 217) definieren Policy als "the content or substance of policy making, including objectives, programs, regulations, laws and funding priorities". In Bezug auf die Destabilisierung des sozio-technischen Regimes zielen Policies vorwiegend auf die Änderungen der direkten Unterstützung bestimmter Industrien und der Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch Regulationen oder Steuern ab (Turnheim und Geels 2012: 46). Kivimaa und Kern (2016) analysieren in ihrer Arbeit das Zusammenwirken und die Kombination verschiedener Policies zur Destabilisierung.

Ein politisches Instrument zur Destabilisierung des bestehenden sozio-technischen Regimes sind Phase-out Politiken. Darunter werden die politischen Beschlüsse und Maßnahmen zum Ausstieg aus Systemen mit hohen CO₂-Emissionen zusammengefasst (Geels et al. 2017: 1243). Rogge und Johnstone (2017) untersuchen den Effekt von Phase-out Politiken auf den Energiewandel am Beispiel des Atomausstiegs in Deutschland. Demnach ist dieses Phase-out das einzige Politikinstrument der Destabilisierung, das einen signifikanten positiven Effekt auf die Ausweitung der erneuerbaren Energien hat (Rogge und Johnstone 2017: 134). Aufgrund dieser Beschleunigung des Energiewandels wird der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung immer häufiger diskutiert (Rogge und Johnstone 2017: 128; Isoaho und Markard 2020: 343).

Dementsprechend sind Phase-out Politiken ein wichtiger Bestandteil der Untersuchung von Policy im Transitionsprozess und in der Destabilisierung des bestehenden Regimes. Die Untersuchung der Entwicklung hin zur politischen Entscheidung eines Phase-out ist Ansatzpunkt und Gegenstand dieser Arbeit. Stegmaier et al. (2014) untersuchen dazu in ihrer Arbeit die politische Steuerung der Destabilisierung („Governance of Discontinuation“). Dieser Ansatz wird von Longen et al. (2015: 121f.) um den Einbezug der Akteur*innen erweitert, denn die politische Steuerung der Destabilisierung entsteht auch in Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen Akteur*innen, bei der die gezielte Deskonstruktion des bestehenden Regimes im Zentrum steht. Diese akteur*innenbasierte Perspektive auf Destabilisierungsprozesse wird auch in dieser Arbeit weiterentwickelt, denn verschiedene empirische Studien zu den Incumbents des sozio-technischen Regimes und zur öffentlichen Debatte um

Policies zeigen, dass die Akteur*innen des Energiesektors die politischen Entscheidungen auf unterschiedliche Weise beeinflussen. Der Einfluss der Incumbents und ihr Widerstand bei der Destabilisierung führt beispielsweise zu einem langsameren Voranschreiten der Energietransition (Hess 2014; Lauber und Jacobsson 2016; Stefes 2016; Johnstone und Hielscher 2017). Dies lässt sich insbesondere in den Analysen der Einflussnahme auf die öffentlichen Debatten zu Policies des Energiewandels von Rosenbloom (2018) und Leipprand und Flachsland (2018) feststellen. Für die Debatte um die Zukunft fossiler Energien in Deutschland können Leipprand und Flachsland (2018: 196) in ihrer Analyse zeigen, dass die Akteur*innen der Incumbents die Debatte durch ihre Fokussierung auf die negativen Effekte eines möglichen Ausstiegs zu ihren Gunsten beeinflussen. Hier knüpft diese Arbeit an, indem die Debatte des Phase-outs der Braunkohleverstromung mithilfe des ACFs, einem Erklärungsansatz für Politikwandel auf Basis von Akteur*innenkoalitionen, untersucht wird.

2.4 Forschungslücke: Die akteur*innenbasierte Analyse von Phase-out Politiken

Auf Basis des oben beschriebenen Forschungsstands wird im Folgenden die Forschungslücke zusammengefasst und der Beitrag dieser Arbeit darin dargestellt. Wie im vorherigen Kapitel beschrieben, stellt die empirische Untersuchung von Phase-out Politiken zur Destabilisierung des bestehenden sozio-technischen Regimes in der Analyse von Energietransitionen einen neu aufkommenden Forschungsbedarf dar, der durch bisherige Studien in dem Bereich noch nicht gedeckt ist. Dabei liegt dieser insbesondere in der Analyse der Entwicklungen die zum Beschluss eines Phase-outs führen. Daran anknüpfend untersucht diese Arbeit die Entwicklungen der Debatte vor dem Beschluss des Phase-outs aus einer akteur*innenbasierten Perspektive, indem hier die Veränderungen der Überzeugungen der Akteur*innen grundlegend sind. Nach Löhr (2020: 20) wird diese Perspektive in der Transitionsforschung bisher wenig berücksichtigt. Als theoretischen Ansatz dieser Arbeit wird das ACF genutzt, um die Überzeugungen zu konzeptualisieren und Advocacy Koalitionen innerhalb der beteiligten Akteur*innengruppe zu identifizieren. Der Ansatz zur Analyse von Politikprozessen eignet sich damit ideal zur Untersuchung der Debatte um Phase-out Politiken.

Das empirische Beispiel dieser Arbeit ist der vom Bundestag beschlossene Braunkohleausstieg in Deutschland. Die Veränderungen der Überzeugungen von Akteur*innen in der Debatte zwischen 2018 und 2020 beschreibt einen Aspekt des Politikprozesses in Deutschland

und diese Untersuchung trägt damit ebenfalls zur Schließung der Forschungslücke bei der Analyse der deutschen Energietransition bei. Der Energiewandel wurde bereits umfassend mithilfe des ACFs untersucht und diese Arbeit knüpft an die Ergebnisse zu bestehenden Akteur*innenkoalitionen an (siehe Kapitel 3.6). Die Analyse des Braunkohleausstiegs als wichtige Politikentscheidung im Prozess der Destabilisierung des bestehenden sozio-technischen Regimes wurde bisher noch nicht berücksichtigt. Dazu wird hier insbesondere auf die Forschungsergebnisse von Leipprand und Flachsland (2018) Bezug genommen, die die Debatte um den Kohleausstieg 2015 und 2016 untersuchen.

3. Das Advocacy Coalition Framework

3.1 Der theoretische Ansatz zur Analyse von Politikprozessen

Das ACF stammt aus den 1980er Jahren und wurde von Sabatier und Jenkins-Smith zur Analyse von Policy Prozessen entwickelt (Weible et al. 2009: 122). Das Ziel des ACFs war zunächst die konzeptionelle Integration von strukturellen Bedingungen und sozialer Interaktion von Akteur*innen unter Berücksichtigung von Lernprozessen und Machtdynamiken in die Analyse von Politikprozessen (Sabatier 1988: 130). Demnach spielen die Akteur*innen eines Politikfelds mit ihren Überzeugungen und ihrem Einfluss eine zentrale Rolle für Policy Veränderungen. Durch diesen akteur*innenbasierten Ansatz bezieht das ACF die kognitive Dimension von Wandlungsprozessen in seine Perspektive auf Politikprozesse mit ein (Kern und Rogge 2018: 105). Bisher fand das ACF in zahlreichen Fallstudien zu verschiedenen Politikbereichen und in verschiedenen Ländern insbesondere zur Erklärung von energie- und umweltpolitischen Entwicklungen Anwendung (Weible et al. 2009: 125). Zudem wurde es mehrfach überarbeitet und weiterentwickelt (Sabatier und Weible 2007; Weible et al. 2009; Jenkins-Smith et al. 2018; Weible und Ingold 2018; Weible et al. 2020).

Die zentrale Annahme des ACFs ist, dass die Analyse von politischen Wandlungsprozessen über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren innerhalb eines politischen Subsystems und auf Basis von Überzeugungen und Wertvorstellungen der Akteur*innen des Subsystems erfolgen sollte (Sabatier 1988: 131). Diese werden dabei als Belief System konzeptualisiert. Die Akteur*innen eines Subsystems streben die Einflussnahme auf den Policy Prozess an und lassen sich im Subsystem anhand ähnlicher Beliefs zu Advocacy Koalitionen zusammenfassen

(Sabatier und Weible 2007: 192). Advocacy Koalitionen und die Beliefs der Akteur*innen sind über einen längeren Zeitraum stabil, sodass für die Wahrnehmung von Wandlungsprozessen im Subsystem ein Analysezeitraum von etwa zehn Jahren empfohlen wird (Weible et al. 2020: 1067). Die Wandlungsprozesse werden demnach meist durch politikorientiertes Lernen der Akteur*innen und externe Störungen oder Einflüsse ausgelöst (Sabatier und Weible 2007: 192).

Anknüpfend an bisherige Ergebnisse der Transitionsforschung bietet das ACF mit dem politikwissenschaftlichen Ansatz die Möglichkeit, den Einfluss der Akteur*innen mit ihren Überzeugungen auf die Policies der Energietransition zu untersuchen. Hierbei wird Wandel im ACF und in Forschungen zur Energietransition als langfristiger Prozess begriffen, bei dem verschiedene Faktoren auf das (Sub-)System wirken und einen Transitionsprozess dadurch hemmen oder beschleunigen können. Im Folgenden wird die Struktur des ACFs mit dem politischen Subsystem, den Advocacy Koalitionen und dem Belief System dargestellt. Diese sind Grundlage für die empirische Untersuchung dieser Arbeit und bieten damit den Analyserahmen für die Einflussfaktoren von Politikwandel. Der Untersuchungszeitraum von 2018 bis 2020 dieser Arbeit, ist nach der theoretischen Grundlegung des ACFs nicht ausreichend, um Wandlungsprozesse zu identifizieren. Auf Basis bisheriger Anwendungen des ACFs im Subsystem des deutschen Energiewandels (Reiche 2004; Hirschl 2008; Gründinger 2017; Leipprand et al. 2017; Löhr 2020) und der Beschreibung des Subsystems der Braunkohle wird für diese Arbeit dennoch argumentiert, dass sich auch im Analysezeitraum erste Veränderungen der Beliefs für einen politischen Wandlungsprozess nach dem ACF erkennen lassen sollten. Eine abschließende Betrachtung kann jedoch erst anhand eines längeren Analysezeitraums vorgenommen werden. Dies wird in Kapitel 3.6 genauer erläutert.

3.2 Das politische Subsystem

Das politische Subsystem bildet die Analyseeinheit des ACFs. Es wird durch die Aspekte des „policy topic, territorial scope, and the actors directly or indirectly influencing policy subsystem affairs“ definiert (Jenkins-Smith et al. 2018: 139). Die Charakterisierung eines Subsystems erfolgt dementsprechend sowohl räumlich als auch funktional durch die Beschränkung auf ein Politikproblem (Sabatier und Weible 2007: 192). Einen Kern des Subsystems bilden alle Akteur*innen inklusive ihrer Interaktion, die das spezifische Politikthema über einen

längeren Zeitraum beeinflussen oder dies versuchen (Jenkins-Smith und Sabatier 1994: 178; Sabatier und Weible 2007: 192). Zu den Akteur*innen gehören „actors at various levels of government, active in policy formulation and implementation, as well as journalists, researchers, and policy analysts who play important roles in the generation, dissemination, and evaluation of policy ideas” (Sabatier 1988: 131). Gleichzeitig beinhaltet das Subsystem alle Komponenten, die im Zusammenspiel zu Policy Ergebnissen führen, wie beispielsweise Institutionen oder politische Ressourcen (Jenkins-Smith et al. 2018: 139).

Es lässt sich für westliche Länder davon ausgehen, dass die meisten politischen Subsysteme und ihre Akteur*innen über einen Zeitraum von weit über zehn Jahren bestehen und in ihren Grundstrukturen gefestigt sind. Dabei wird das politische Subsystem von einigen dauerhaften Einflussfaktoren charakterisiert. Zum einen bestehen externe Faktoren, die auf das Subsystem wirken, welche die grundsätzlichen Eigenschaften des Politikfelds, die Verteilung von natürlichen Ressourcen, sozio-kulturelle Strukturen und die rechtlichen und staatlichen Rahmenbedingungen umfassen (Sabatier und Weible 2007: 193). Diese können für einen Zeitraum über mindestens zehn Jahren in westlichen Ländern als stabil angesehen werden (ebd.). Zusätzlich dazu können verschiedene Subsysteme überlappen oder ineinander verschachtelt sein (ebd.). Dies kann zum einen durch die Auswahl des Umfangs eines Subsystems und zum anderen aufgrund der Aktivität von Akteur*innen in verschiedenen Subsystemen entstehen, sodass die Beliefs und Handlungen der Akteur*innen durch Faktoren in anderen Systemen beeinflusst werden (ebd.).

Diese Arbeit untersucht das politische Subsystem der Braunkohleverstromung in Deutschland. Dies wird demnach durch das Politikthema (1) des Braunkohleausstiegs, die nationale Begrenzung auf Deutschland (2) und die Akteur*innen (3), die in diesem Subsystem politische Entscheidungen beeinflussen oder darauf abzielen, eingegrenzt. Anders als in bisherigen Forschungsergebnissen zum deutschen Energiewandel mit dem ACF (siehe Kapitel 3.6), wird das Subsystem hier enger gefasst und ist demnach in das Subsystem des Energiewandels eingebettet. Die Beschränkung auf das Themenfeld der Braunkohle begründet sich aus dem Fokus dieser Arbeit, der auf Phase-out Politiken zur Destabilisierung des bestehenden Regimes liegt. Durch diese Zuspitzung ist die Analyse des Politikprozesses zum Beschluss des Braunkohleausstiegs möglich, sodass die Mitgestaltung der Akteur*innen bei der Destabili-

sierung und ihre Überzeugungen zu diesem Aspekt der Energietransition sichtbar werden können. Die Charakterisierung des Subsystems erfolgt in Kapitel 4.1.

3.3 Das Belief System

Die Beliefs der Akteur*innen übersetzen sich in ihr politisches Handeln und bilden so die Grundlage für die Erklärung von Politikprozessen (Weible et al. 2009: 122). Dazu wird angenommen, dass die Akteur*innen des Subsystems das Ziel verfolgen, ihre Beliefs in den Policy Entscheidungen widerzuspiegeln (Sabatier 1988: 132). Gleichzeitig fungieren die Beliefs als Filter für die Auffassung von Informationen und verändern sich deshalb nur schwer (Sabatier und Weible 2007: 194). Außerdem werden die Beliefs im Austausch mit anderen Akteur*innen mit ähnlichen Beliefs innerhalb einer Advocacy Koalition zusätzlich stabilisiert (ebd.). Das ACF unterscheidet zwischen drei Kategorien der Beliefs, den Deep Core Beliefs, den Policy Core Beliefs und den Secondary Aspects („Sekundäraspekte“) (Sabatier 1988: 144). Diese sind hierarchisch angeordnet und werden in der Forschung auf unterschiedliche Weise analysiert (Weible et al. 2020: 1070). Für diese Arbeit sind die Veränderungen der Policy Core Beliefs und die Sekundäraspekte relevant, da diese die Überzeugungen der Akteur*innen zu den Politikentscheidungen des Phase-out der Braunkohleverstromung innerhalb des Subsystems beinhalten. Ihre Operationalisierung für das Fallbeispiel erfolgt in Kapitel 4.2.

Die Deep Core Beliefs beinhalten fundamentale, normative Annahmen und Weltansichten, die sich nicht spezifisch auf das Subsystem beziehen (Jenkins-Smith et al. 2018: 140). Sie sind Teil der Sozialisation und darum am schwersten zu verändern (Sabatier und Weible 2007: 194). In diese Kategorie gehören beispielsweise Wertvorstellungen oder Einstellungen zu Gerechtigkeit oder der Rolle des Staates. Aufgrund der Subsystem übergreifenden Struktur der Deep Core Beliefs eignen sie sich nicht zur Identifikation von Advocacy Koalitionen (Matti und Sandström 2011: 400). Die Deep Core Beliefs werden in dieser Arbeit nicht untersucht, da sie aufgrund der Verinnerlichung der Akteur*innen und der damit einhergehenden Stabilität keinen Erklärungsansatz für die Fragestellung dieser Arbeit liefern und nicht mit den hier thematisierten Veränderungsprozessen in Zusammenhang stehen.

Eine Ebene unter den Deep Core Beliefs befinden sich die Policy Core Beliefs. Diese erfassen Überzeugungen und Einstellungen, die sich auf das spezifische Politikproblem des Subsys-

tems beziehen (Jenkins-Smith et al. 2018: 140). Dazu gehören „overall assessments of the seriousness of the problem, basic causes of the problem, and preferred solutions for addressing the problem“ (ebd.). Diese umfassen die subsystemweiten Problemstellungen und sind ausschlaggebend für die Strukturierung der Akteur*innen in Advocacy Koalitionen (Sabatier und Weible 2007: 195). Bei stabilen Subsystemen bleiben die Policy Core Beliefs ebenfalls über einen langen Zeitraum bestehen (ebd.). Die Analyse der Policy Core Beliefs ist zentraler Baustein dieser Arbeit. Anhand der Beliefs werden die Verschiebungen der Positionen von Akteur*innen über den Untersuchungszeitraum konzeptualisiert, sodass die Veränderungen untersucht werden können. Die Policy Core Beliefs werden dabei durch die verschiedenen Problemstellungen um den Braunkohleausstieg operationalisiert (siehe Kapitel 4.2).

Die dritte Kategorie der Beliefs bilden die Sekundäraspekte („Secondary Aspekts“). Dies sind Ansichten und Überzeugungen, die lediglich einen Teil des Subsystems umfassen und beispielsweise die Mittel zur Übersetzung von Policy Core Beliefs der jeweiligen Akteur*innen in Policy Ergebnisse beschreiben (Jenkins-Smith et al. 2018: 141). Dafür wird im ACF angenommen, dass die Sekundäraspekte am wenigsten stabil sind und Akteur*innen diese deshalb zugunsten der Umsetzung von Policy Core Beliefs aufgeben (Weible et al. 2020: 1057). In dieser Arbeit werden die Sekundäraspekte zusätzlich zu den Policy Core Beliefs erhoben und in Bezug auf ihre Veränderungen analysiert.

3.4 Die Advocacy Koalitionen

Im ACF werden die Akteur*innen eines Subsystems mithilfe von Advocacy Koalitionen zusammengefasst und strukturiert (Sabatier 1988: 133; Hirschl 2008: 25). Innerhalb einer Advocacy Koalition teilen die Akteur*innen die gleichen Policy Core Beliefs, was gleichzeitig die notwendige Bedingung für die Identifikation von Advocacy Koalitionen ist (Weible et al. 2020: 1067). Dies ist auch das zentrale Argument für die Abgrenzung der Advocacy Koalitionen zu anderen Formen von Koalitionen oder politischen Verbindungen (Weible und Sabatier 2018: 327). Außerdem können alle Akteur*innentypen des Subsystems Teil einer Advocacy Koalition sein, welche über einen längeren Zeitraum Bestand haben (ebd.). Bei idealtypischen Advocacy Koalitionen kommen weitere Aspekte, wie die Koordination von Aktivitäten mit den Akteur*innen der eigenen Koalition zum Nachteil der anderen Koalition und die im Wettbewerb stehende Nutzung von Ressourcen, hinzu (Weible et al. 2020: 1067).

In Subsystemen könnten theoretisch bis zu fünf Advocacy Koalitionen existieren, wobei in empirischen Studien zumeist zwei Advocacy Koalitionen identifiziert wurden (Weible et al. 2009: 131). Generell gilt, dass über einen längeren Zeitraum bestehende Subsysteme zumeist dauerhafte Advocacy Koalitionen beinhalten, die durch unterschiedliche Beliefs deutlich voneinander abgrenzbar sind, wobei eine Advocacy Koalition häufig dominant ist (Sabatier und Weible 2007: 204; Jenkins-Smith et al. 2018: 141). Dabei entstehen häufig „a pro-change and an anti-change coalition“ (Weible und Ingold 2018: 333). Abgesehen von der Zugehörigkeit zu einer Advocacy Koalition können Akteur*innen als Vermittler*innen („Policy Broker“) im Subsystem agieren, wobei sie einen Kompromiss zwischen den Koalitionen anstreben und eine verhandelnde Rolle einnehmen (Weible et al. 2020: 1062). Für diese Arbeit werden die Akteur*innen anhand der Minimalbedingung und damit auf Basis ähnlicher Policy Core Beliefs in Advocacy Koalitionen zusammengefasst oder als Vermittler*innen identifiziert.

3.5 Der Politikwandel

Die beschriebenen Aspekte und Annahmen des ACFs bieten sowohl die Grundlage für Erklärungen von politischer Stabilität als auch für Politikwandel (Jenkins-Smith et al. 2018: 144). Für die Erklärung von Wandlungsprozessen wird zwischen „Minor“ und „Major Policy Change“ unterschieden (Jenkins-Smith et al. 2018: 145). Major Policy Change beschreibt grundlegenden Wandel der zentralen Policy Aspekte im Subsystem, während Minor Policy Change die Veränderungen im Bereich der Sekundäraspekte umfasst (ebd.).

Im ACF werden vier konzeptionelle Pfade für Politikwandel dargestellt und im Folgenden beschrieben. Dafür bieten die Strukturen des ACFs verschiedene Anknüpfungspunkte, die im Flussdiagramm des ACFs darunter dargestellt werden (siehe Abb. 1). Der erste Pfad stellt Politikwandel durch externe Ereignisse dar. Darunter fallen Ereignisse, die außerhalb des Subsystems liegen, wie beispielsweise der Wechsel der Regierung, Veränderungen der sozio-ökonomischen Bedingungen oder katastrophische Ereignisse (Sabatier und Weible 2007: 198f.). Grundsätzlich ist die darauffolgende Entstehung von Möglichkeitsräumen innerhalb des Subsystems zentral, wie zum Beispiel durch eine Verschiebung der öffentlichen Aufmerksamkeit oder der Machtverhältnisse der Advocacy Koalitionen, denn so kann ein Wandlungsprozess beginnen (Sabatier und Weible 2007: 199). Im zweiten Fall können Wandlungsprozesse durch politikorientiertes Lernen („policy-oriented learning“) der Akteur*innen in-

nerhalb des Subsystems und die damit einhergehende Anpassung des Belief Systems und der Struktur des Subsystems entstehen (Sabatier 1988: 133f.). Dabei ändern die Akteur*innen ihre Verhaltensweisen oder ihre Überzeugungen aufgrund neuer Informationen oder Erfahrungen, die die Eigenschaften der Policy des Subsystems betreffen (Sabatier und Jenkins-Smith 1999: 123). Dies geschieht meist inkrementell über einen längeren Zeitraum (Jenkins-Smith et al. 2018: 146). Der dritte Pfad erklärt Politikwandel aufgrund von internen Ereignissen, wie Katastrophen innerhalb des Subsystems (Sabatier und Weible 2007: 204). Diese Ereignisse stellen damit die aktuellen Politikentscheidungen infrage und können so beispielsweise neue Informationen für die Akteur*innen bereitstellen oder zu einem Wechsel der dominanten Advocacy Koalition führen (ebd.). Die vierte Erklärung basiert auf Abkommen („negotiated agreement“) zwischen den Advocacy Koalitionen, die durch kollaborative Institutionen und Koordination zwischen den in Konflikt stehenden Advocacy Koalitionen ermöglicht werden (Jenkins-Smith et al. 2018: 146). Dabei sollten alle Advocacy Koalitionen den Status Quo als untragbar wahrnehmen (Sabatier und Weible 2007: 206).

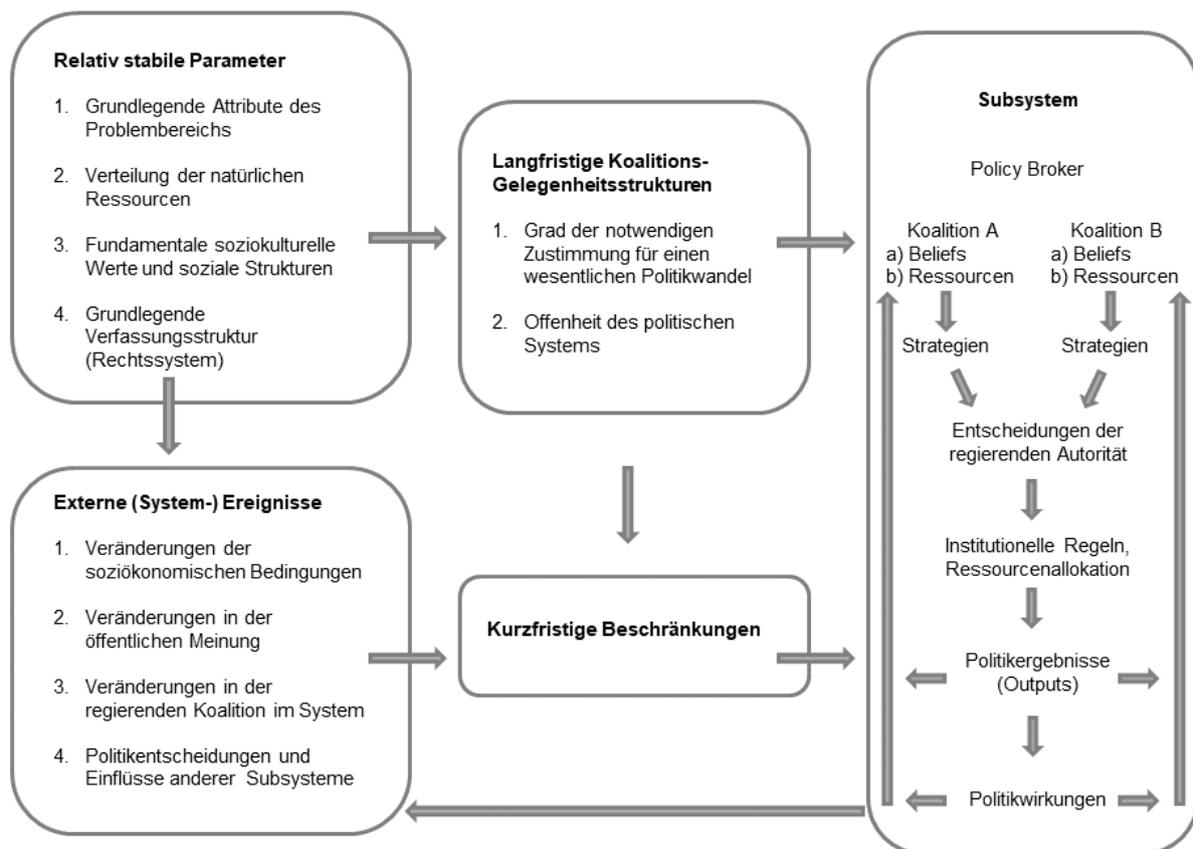


Abb. 1: ACF Flussdiagramm (Darstellung basiert auf Weible und Jenkins-Smith (2016: 18) und Sabatier und Weible (2007: 202))

Generell gilt, dass die vier Faktoren – (1) externe und (2) interne Ereignisse, (3) politikorientiertes Lernen und (4) Abkommen – nicht ausreichend für politischen Wandel sind (Jenkins-Smith et al. 2018: 147). Sie bieten aber jeweils die notwendige Voraussetzung, damit ein Wandlungsprozess beginnen kann und treten auch in Kombination auf (ebd.). Gleichzeitig wird angenommen, dass für einen umfassenden Politikwandel innerhalb des Subsystems ein Machtwechsel zwischen den Advocacy Koalitionen notwendig ist, insbesondere wenn die bisher machthabende Advocacy Koalition die aktuellen Policy Entscheidungen bestimmt hat (ebd.). In Fallstudien können bislang alle vier Pfade für Politikwandel empirisch beobachtet werden, wobei politikorientiertes Lernen und externe Ereignisse nach Pierce et al. (2017: 29f.) am häufigsten aufgeführt werden.

Für diese Arbeit bietet das ACF die Möglichkeit, den politischen Prozess im Untersuchungszeitraum im Hinblick auf Wandlungsfaktoren auf der Ebene der Akteur*innen in dem Subsystem zu untersuchen, um dies in den aktuellen Transitionsprozess einzuordnen. Die Analyse der Einflussfaktoren kann somit Hinweise über einen gezielten Rückbau des Subsystems der Braunkohle zur Destabilisierung des bestehenden Regimes innerhalb der deutschen Energietransition geben. Dafür werden die Einflussfaktoren auf Politikwandel empirisch anhand der Kriterien des ACFs analysiert. Die Veränderungen der Policy Core Beliefs der Akteur*innen sind dabei der zentrale Erklärungsansatz, um den Politikprozess des empirischen Beispiels zu analysieren. Eine detaillierte Beschreibung der Einflussfaktoren und ihrer Operationalisierung erfolgt in Kapitel 4.2.

3.6 Die Anwendung des ACF auf den deutschen Energiewandel

Das ACF wurde in mehreren Studien auf die deutsche Energiewende und ihre Akteur*innen angewendet. In den Arbeiten von Reiche (2004) und Hirschl (2008) stehen die Politiken zu erneuerbaren Energien im Vordergrund. Hirschl (2008: 194) identifiziert dabei Befürworter*innen und Gegner*innen des Ausbaus erneuerbarer Energien, die sich dementsprechend in zwei Advocacy Koalitionen unterteilen. Gründinger (2017) fokussiert in seiner Arbeit zusätzlich den deutschen Atomausstieg und die dazugehörigen Interessengruppen. Bei Leipprand et al. (2017) werden die Akteur*innen der Wissenschaft hinsichtlich ihrer Partizipation in der Debatte und der Zugehörigkeit zu einer Advocacy Koalition untersucht, wobei diese eine proaktive und eine reaktive Position vertreten. Im Unterschied zu diesen Arbeiten

liegt der Schwerpunkt hier auf der Analyse der Policy Core Beliefs der Akteur*innen innerhalb der Advocacy Koalitionen. Löhr (2020) untersucht die Beliefs der Akteur*innen und die Advocacy Koalitionen der deutschen Energietransition in einer ländervergleichenden Fallstudie mit Dänemark und Frankreich. Mithilfe einer Clusteranalyse werden dabei eine Wirtschaftscoalition und eine Umweltcoalition identifiziert (Löhr 2020: 324f.). Die Umweltcoalition fordert die Senkung der Emissionen des Energiesektors durch den Aufbau eines erneuerbaren Energiesystems, während die Wirtschaftscoalition eine uneinheitliche Position zu den verschiedenen Energieträgern vertritt und wirtschaftliche Einflussfaktoren betont (Löhr 2020: 341f.). Die Advocacy Koalitionen der deutschen Energiewende sind nach Hirschl (2008: 564) und Löhr (2020: 337) über einen längeren Zeitraum stabil.

Im Unterschied zur vorliegenden Arbeit untersuchen Löhr (2020) und Hirschl (2008) den gesamten Stromsektor, sodass die politischen Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien in den Arbeiten ebenfalls zentral sind. Dieser Bereich wird durch die thematische Zuspitzung auf das Politikthema der Braunkohleverstromung in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, sodass hier lediglich ein Teilbereich der deutschen Energietransition untersucht wird. Dies ermöglicht die Analyse der sogenannten Kehrseite von Energietransitionen, bei der die Dekonstruktion des bestehenden Regimes im Fokus steht. Hieraus ergeben sich im Vergleich zu Löhr (2020) einige Unterschiede bei den Charakteristika des Subsystems, die vor allem die im Subsystem aktiven Akteur*innen und ihre Beliefs umfassen. So werden die Akteur*innen der erneuerbaren Energien hier beispielsweise nicht miteinbezogen, aber dafür spielen zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die einen schnellen Braunkohleausstieg fordern, eine wichtige Rolle (siehe Kapitel 5.2). Das Belief System wird dabei auf das Politikproblem zugeschnitten und spezifiziert, sodass die Zukunft der Braunkohle und der politische Beschluss des Ausstiegs hierbei Kernaspekte sind, die die Policy Core Beliefs beinhalten (siehe Kapitel 4.3). Bei Löhr (2020) wird das Belief System unter Einbezug der politischen Prozesse um die erneuerbaren Energien allgemeiner gefasst.

Auf Basis der Ergebnisse von Hirschl (2008) und Löhr (2020), bei denen zwei Koalitionen in der Energiewende identifiziert wurden, wird die Existenz zweier Advocacy Koalitionen auch für das Subsystem der Braunkohleverstromung vorausgesetzt. Dies begründet sich mit dem geringen Umfang der Analyse dieser Arbeit und der Einbettung des Subsystems in das des

Energiewandels. Hierfür identifiziert Löhr (2020: 342) in den Policy Core Beliefs der Umweltkoalition, dass sich diese gegen fossile Energieträger ausspricht, während die Wirtschaftscoalition eine uneinheitliche Position vertritt. Aufgrund dieser einheitlichen Position der Umweltkoalition gegen Braunkohle, der Überschneidungen der Akteur*innen und der Stabilität dieser über einen längeren Zeitraum, wird die Existenz einer „pro-change“ Koalition mit dem Schwerpunkt auf den ökologischen Aspekten des Energiewandels und der Priorisierung eines schnellen Braunkohleausstiegs und einer „anti-change“ Koalition, die die wirtschaftlichen Aspekte bevorzugt, innerhalb des Subsystems der Braunkohle im Untersuchungszeitraum angenommen. Diese Annahme wird von der Analyse zur Debatte um die Kohleverstromung von Leipprand und Flachland (2018) auch für das Subsystem dieser Arbeit gestützt. Mithilfe einer Framing-Analyse positionieren Leipprand und Flachland (2018: 197) die Akteur*innen der Debatte zwischen „change legitimizing“ und „status quo defending“, was sich mit der Einordnung der Koalitionen in „pro-change“ und „anti-change“ deckt. Somit wird auf eine erneute Identifizierung von Advocacy Koalitionen in der vorliegenden Arbeit verzichtet.

Die Auswahl des Untersuchungszeitraums von 2018 bis 2020 begründet sich mit dem in diesem Zeitraum stattfindenden Gesetzgebungsprozess zum Kohleausstieg und der damit einhergehenden intensiven öffentlichen Debatte. Die politischen Rahmenbedingungen innerhalb des Subsystems werden in Kapitel 4.2 detailliert beschrieben. Die Einsetzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KSWB) 2018 und der Beschluss des Kohleausstiegsgesetzes im Bundestag 2020 bieten hier jeweils einen Anlass zu dem sich die Akteur*innen aktiv an der Debatte beteiligen und positionieren, sodass zu diesen Zeitpunkten ausreichend aktuelle Daten für die Untersuchung der Überzeugungen bestehen. Bei der Erhebung zu einem früheren Zeitpunkt wäre anzunehmen, dass sich nicht ausreichend Akteur*innen zu einem ähnlichen Zeitpunkt äußern, um die Überzeugungen mit einem anderen Zeitpunkt vergleichen zu können. Aus theoretischer Perspektive wäre ein längerer Untersuchungszeitraum für eine umfassendere Analyse der Veränderungen trotzdem wünschenswert, denn nach dem ACF benötigen die Policy Core Beliefs einen längeren Zeitraum, um sich zu verändern (Sabatier und Weible 2007: 195). Dementsprechend versucht diese Arbeit lediglich erste Veränderungstendenzen aufzudecken und einzuordnen, an die künftige Forschungen mit längeren Untersuchungszeiträumen bis nach 2020 anknüpfen könnten.

4. Das politische Subsystem: Die Braunkohleverstromung in Deutschland

4.1 Die Charakterisierung des Subsystems der Braunkohleverstromung

Im Folgenden wird die Braunkohleverstromung in Deutschland als politisches Subsystem nach dem ACF charakterisiert und dessen Auswahl für diese Arbeit begründet. Wie in Kapitel 3.2 beschrieben, ist das Subsystem sowohl räumlich als auch durch die Fokussierung auf ein Politikproblem und den daran partizipierenden Akteur*innen begrenzt. Dementsprechend reduziert sich das Subsystem thematisch auf die Stromproduktion durch Braunkohle, wobei hier die Frage nach der Zukunft der Braunkohle richtungsweisend ist. Die Zuspitzung begründet sich auf der im Forschungsstand dargestellten Relevanz von Phase-out Politiken zur Destabilisierung des bestehenden Regimes für die aktuelle Phase der Energietransition. Durch die Analyse des Subsystems mit dem beschlossenen Braunkohleausstieg lässt sich die politische Steuerung des Rückbaus und der Deskonstruktion des Subsystems fokussieren. Damit ist das Subsystem um das politische Thema des Braunkohleausstiegs in das politische Subsystem der Energietransition eingebettet.

In Deutschland wird Braunkohle seit mehreren Jahrzehnten zur Stromerzeugung genutzt. Dabei ist der Braunkohleabbau inzwischen räumlich auf die Tagebaue in drei Regionen – dem Rheinischen Revier, dem Lausitzer Revier und dem Mitteldeutschen Revier – begrenzt. In den Regionen arbeiten ungefähr 20.000 Beschäftigte im Bereich der Braunkohle (Stand 2018) (Statistik der Kohlenwirtschaft 2019). Außerdem sind der Braunkohleabbau und die Braunkohleverstromung eng mit den regionalen Entwicklungen und der Identität der Menschen vor Ort verbunden (Leipprand und Flachland 2018: 192). Auch mit dem steigenden Anteil der erneuerbaren Energien an der deutschen Stromerzeugung lag der Anteil der Braunkohle 2018 bei 22,5 Prozent und ist damit seit 1990 um knapp neun Prozentpunkte gesunken (AG Energiebilanzen 2019). Trotz der räumlichen Begrenzung auf die Regionen wird die Stromproduktion in Deutschland auf nationaler Ebene reguliert und die politische Debatte wird ebenfalls vor allem auf Bundesebene geführt (siehe Kapitel 4.2). Dementsprechend wird das Subsystem hier räumlich auf die deutsche Braunkohleverstromung abgegrenzt. Mit den Landesregierungen der Regionen wird die lokale Ebene in die Analyse mit-

einbezogen (siehe Kapitel 5.2), wobei die Unterschiede insbesondere hinsichtlich des Strukturwandels in den jeweiligen Regionen nicht mitberücksichtigt werden können.

Die Akteur*innen, die das Subsystem beeinflussen, werden anhand bisheriger akteur*innen-basierter Studien zum deutschen Energiewandel, den politischen Rahmenbedingungen und der öffentlichen Debatte identifiziert. Hierbei sind Akteur*innen von Bedeutung, die die politischen Prozesse direkt beeinflussen, aber es werden auch Akteur*innen miteinbezogen, die dies indirekt durch Teilnahme an der öffentlichen Debatte versuchen (siehe Kapitel 5.2). Trotz der thematischen Zuspitzung lässt sich durch die intensive öffentliche Debatte um die Zukunft der Braunkohleverstromung für den Untersuchungszeitraum annehmen, dass die Überzeugungen der Akteur*innen bezogen auf das Subsystem für die Analyse ausreichend gehaltvoll sind (siehe Kapitel 4.2).

4.2 Die politischen Rahmenbedingungen der Debatte um den Braunkohleausstieg 2018 bis 2020

In der politischen Debatte um die Braunkohle stand der Erfolg für die deutsche Wirtschaft auf Basis der Braunkohleverstromung über Jahrzehnte im Vordergrund (Müller-Hansen et al. 2021: 14). Mit dem Beginn der deutschen Energiewende und der Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien verschob sich die Debatte seit den 1990er Jahren auf die Senkung der Braunkohleverstromung aufgrund der hohen Emissionsraten und der Umweltfolgen. Dennoch nutzten die etablierten Energiekonzerne ihre politischen Einflussmöglichkeiten, um die Energiewende zu verlangsamen und damit die Braunkohleverstromung weiterhin abzusichern (Kungl 2015: 18). Im Zuge der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 intensivierte sich die Debatte um den Rückgang der Braunkohleverstromung. Laut des anschließend von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzplans 2050 können die Klimaschutzziele nur mit einer schrittweisen Verringerung der Kohleverstromung erreicht werden (BMU 2016). Auf die drohende Verfehlung der Klimaschutzziele für 2020 reagierte die Bundesregierung, indem sie 2016 die „Braunkohle-Sicherheitsbereitschaft“ einführte, bei der Braunkohlekraftwerke lediglich bei Versorgungsgapen weiterhin Strom produzieren, um dadurch CO₂-Emissionen einzusparen (Leipprand und Flachslund 2018: 193). Gleichzeitig veröffentlichten verschiedene Forschungsinstitute Studien zu möglichen Ausstiegsszenarien, sodass die Debatte durch die Teilnahme von verschiedenen NGOs zunehmend auch zivilgesellschaftlich

geführt wurde (ebd.). Nach Leipprand und Flachsland (2018: 199) beinhaltete die Debatte vorwiegend unterschiedliche Positionen der Akteur*innen zu den möglichen politischen Maßnahmen zur Reduktion der Braunkohleverstromung. Dabei polarisierte die Debatte zwischen den Akteur*innen, die den Status Quo verteidigten, und den Akteur*innen, die proaktive Positionen vertraten (Leipprand und Flachsland 2018: 198). Diese Akteur*innengruppen favorisierten dabei verschiedene politische Lösungsansätze, wobei eine Mischung aus politischen Maßnahmen, wie der Unterstützung des Strukturwandels in betroffenen Regionen mit einer gleichzeitigen nationalen Regulation der Kohleverstromung, die größte Möglichkeit für einen Konsens beider Gruppen bietet (Leipprand und Flachsland 2018: 199). Im Klimaschutzplan 2050 ist die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung der politischen Maßnahmen zum Strukturwandel für 2018 festgeschrieben (BMU 2016). Im Folgenden wird der Hintergrund der Debatte zwischen 2018 und 2020 kurz beschrieben und deren Eckdaten dargestellt (siehe Abb. 2).

Nach den Bundestagswahlen wurde im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD die Einsetzung der KSWB mit der Beteiligung von Akteur*innen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Umwelt aufgeführt (CDU et al. 2018). Dies wurde am 6. Juni 2018 vom Kabinett beschlossen. Die Aufgaben der KSWB bestanden aus der Entwicklung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele und zur Unterstützung des Strukturwandels, sowie der Planung der Reduktionsschritte und des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung (KSWB 2019). Im Herbst 2018 spitzte sich der Konflikt zwischen dem Energiekonzern RWE und verschiedenen Umweltorganisationen in der rheinländischen Braunkohleregion zu, wobei diese ein Rodungsmoratorium des Hambacher Forsts für die Arbeitszeit der KSWB forderten (Deutsche Welle 2018). An den Protesten gegen die Braunkohleverstromung nahmen mehrere Tausend Menschen teil und verschiedene Initiativen, die sich gegen die Umsiedlung weiterer Dörfer durch die Tagebauerweiterungen aussprachen, mobilisierten dorthin. Dies führte zu einem starken Anstieg der medialen Berichterstattung infolge derer sich der Hambacher Forst zu einem Symbol gegen die Kohleverstromung entwickelte (ebd.).

Im Januar 2019 legte die KSWB ihren Abschlussbericht vor, in dem sie 2038 als Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung empfiehlt (KSWB 2019). Demzufolge wird 2032 geprüft, ob der Ausstieg frühestens auf 2035 vorverlegt werden kann. Um dies zu erreichen, sollen die

Braunkohlekraftwerke schrittweise stillgelegt werden, was alle drei Jahre hinsichtlich verschiedener Kriterien überprüft werden soll (ebd.). Die dadurch entstehenden Kosten für die Energiekonzerne werden mithilfe von Entschädigungszahlungen finanziell ausgeglichen (ebd.). Gleichzeitig sollen umfassende Maßnahmenpakete und Strukturwandelkonzepte in den Regionen umgesetzt werden, die insbesondere der finanziellen Absicherung der Beschäftigten aber auch der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Perspektiven in den Regionen dienen (ebd.). Die dazu notwendigen finanziellen Mittel sollen von der Politik bereitgestellt werden (ebd.). Dem Abschlussbericht stimmten 27 der 28 Mitglieder der KSWB zu (ebd.). In einem Sondervotum sprachen sich die beteiligten Umweltorganisationen und eine Vertreterin der Anwohner*innen gegen die für sie nicht ausreichenden klimapolitischen Zielstellungen des Abschlussberichts aus (ebd.).

Im Mai 2019 legte die Bundesregierung ein Eckpunktepapier zur Umsetzung der Empfehlungen der KSWB vor, sodass vier Monate später im Bundestag über den ersten Entwurf des „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ debattiert werden konnte (Deutscher Bundestag 2020). Dieser wurde Teil eines Gesetzespakets zum Kohleausstieg und beinhaltete die Finanzhilfen und Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung für den Strukturwandel in den Braunkohleregionen, wonach der Bund bis zu 40 Milliarden Euro in die Strukturhilfen investieren kann (ebd.). Anschließend verhandelte die Bundesregierung im Januar 2020 erfolgreich mit den Ministerpräsident*innen der Länder über einen Stilllegungspfad für die Tagebaue und Kraftwerke, was in der Bund-/ Länder-Einigung festgehalten wurde (Die Bundesregierung 2020). Im Juli 2020 stimmte der Bundestag dann abschließend dem Gesetzespaket mit dem „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ und dem „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze“ (Kohleausstiegsgesetz) mehrheitlich zu (Deutscher Bundestag 2020). Das Gesetzespaket beinhaltet die oben aufgeführten Kerninhalte des Abschlussberichts der KSWB, aber weicht in einigen Aspekten von den Empfehlungen ab. Insgesamt wurde das Gesetzgebungsverfahren von einer konfliktgeladenen Debatte begleitet, bei dem es um die Umsetzung der Empfehlungen der KSWB und den Braunkohleausstieg im Allgemeinen ging.

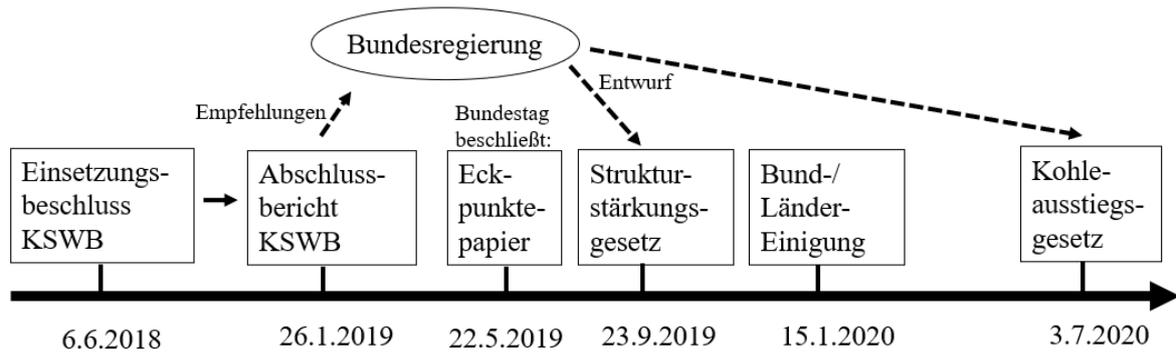


Abb. 2: Eckdaten des Gesetzgebungsprozess zum Kohleausstieg von 2018 bis 2020

4.3 Die Operationalisierung der Beliefs und der Kriterien für Politikwandel

Vor dem Hintergrund des theoretischen Ansatzes und der Fragestellung wird im Folgenden die Entwicklung des Analyserahmens dieser empirischen Arbeit dargestellt. Dieser besteht aus der Operationalisierung der Policy Core Beliefs und der darauf basierenden Einflussfaktoren auf Politikprozesse und Wandlungsfaktoren nach dem ACF. Die empirische Untersuchung erfolgt dabei explorativ und ist deshalb nicht hypothesengeleitet. Durch die Anwendung einer Fallstudie als methodischen Ansatz (siehe Kapitel 5.1) ist das Ziel dieser Arbeit, Hypothesen mithilfe der Untersuchung zu generieren (Häder 2010: 352).

Die zentrale Problemstellung im Subsystem der Braunkohle in Deutschland entsteht, wie in der Einleitung beschrieben, durch die Forderungen der Reduktion oder des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung, um die nationalen Klimaschutzziele für 2020 und 2050 einzuhalten. Dementsprechend gehören die Vorstellungen und Überzeugungen zur Bedeutung dieses Problems und den daraus entstehenden Folgen und Umgangsweisen zu den Policy Core Beliefs der Akteur*innen. Die Operationalisierung dieser erfolgt auf Basis des theoretischen Erklärungsansatzes des ACFs und den empirischen Komponenten der Policy Core Beliefs nach Sabatier (1998: 112). Um diese auf das politische Subsystem dieser Arbeit zuzuschneiden und damit messbar zu machen, werden die empirischen Studien von Löhr (2020) zu den Policy Core Beliefs im deutschen Energiewandel und von Leipprand und Flachland (2018) zu den Narrativen der Debatte um die Zukunft der Kohleverstromung hinzugezogen. Dabei orientiert sich diese Arbeit auch an dem Vorgehen der Operationalisierung von Löhr (2020: 74ff.). Im Folgenden werden die Dimensionen der Policy Core Beliefs für das Subsystem der Braunkohleverstromung erläutert.

Die erste Dimension der Policy Core Beliefs beschreibt die Wichtigkeit und Bedeutung der Problemstellung (Sabatier 1998: 112). Diese kann nach Löhr (2020: 75) durch das Ausmaß der Ambition der Akteur*innen für Veränderungen im Subsystem operationalisiert werden, was in dieser Arbeit die Geschwindigkeit des Braunkohleausstiegs darstellt. Die Ursache der Problemstellung nach Sabatier (1998: 112) wird hier als zweite Dimension durch die Position zur Wirkung der Braunkohleverstromung auf den Klimawandel operationalisiert. Die dritte Dimension deckt Fragen zur Verteilung von Zuständigkeiten zur Adressierung des Problems ab. Diese betreffen den Wunsch nach staatlicher oder marktwirtschaftlicher Regulierung oder die Verantwortlichkeit verschiedener politischer Institutionen (Sabatier 1998: 112). In dieser Arbeit kann diese Komponente zwischen der Reduktion der Braunkohleverstromung mithilfe des europäischen Emissionshandels als wirtschaftliche Regulierungsform oder mithilfe einer gesetzlichen Festschreibung auf Bundesebene durch die Regierung variieren. Die vierte Dimension umfasst die Beteiligung der Öffentlichkeit im Gegensatz zu Expert*innen im Subsystem (Sabatier 1998: 113). Löhr (2020: 75) leitet dies in ihrer Arbeit auf die Partizipation und Mitgestaltung des Energiewandels ab. Dem wird hier gefolgt, indem die Bedeutung der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen am Entscheidungsprozess untersucht wird. Die fünfte Dimension misst die Priorisierung politischer Instrumente zur Adressierung der Problemstellung (Sabatier 1998: 113). Leipprand und Flachsland (2018: 198) analysieren die Positionen der Akteur*innen zu fünf möglichen Lösungsansätzen des Konflikts. Die dort aufgeführten Lösungen der Regulation auf nationaler Ebene durch das Kohleausstiegsgesetz, Maßnahmen für den Strukturwandel in den Braunkohleregionen, Kompensationszahlungen an betroffene Unternehmen und eine dialog- und konsensorientierte Lösung des Konflikts im Rahmen der KSWB wurden zumindest in Teilen im Zeitraum zwischen 2018 und 2020 umgesetzt (siehe Kapitel 4.1), sodass ihre Priorisierung hier untersucht wird. Die letzte Dimension der Priorisierung grundlegender Positionen des Subsystems nach Sabatier (1998: 112) wird in wirtschaftliche und ökologische Aspekte unterteilt. Wie in der Arbeit von Löhr (2020: 77) wurden die Subdimensionen für die wirtschaftlichen Positionen aus dem Datensatz entnommen. Dazu gehören die Wettbewerbsfähigkeit und Energieversorgungssicherheit für die Industrie, die Entwicklungen der Strompreise und der Arbeitsplätze und die Planungssicherheit für Unternehmen. Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht der Dimensionen und Sub-

dimensionen der Policy Core Beliefs. Zusätzlich dazu befindet sich die Aufschlüsselung der Kategorien für die Subdimensionen im Anhang.

Dimension der Policy Core Beliefs	Ableitung für das Fallbeispiel	Subdimension
1. Wichtigkeit und Bedeutung der Problemstellung	Ambition der Akteur*innen	Geschwindigkeit des Braunkohleausstiegs
2. Ursache der Problemstellung	Klimaschutzziele	Wirkung der Braunkohleverstromung auf das Erreichen der Klimaschutzziele
3. Verantwortlichkeit zur Adressierung des Problems	Staat oder Markt	Staatliche oder marktwirtschaftliche Regulierung
4. Partizipation der Öffentlichkeit	Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und der öffentlichen Meinung	Berücksichtigung in Entscheidungsprozesse
5. Priorisierung politischer Instrumente	Dialogorientierte Lösung	Die Arbeit der KSWB
	Politische Regulierung	Beschluss des Kohleausstiegsgesetz
	Management des Strukturwandels	Unterstützung mit Maßnahmen zum Strukturwandel in den Braunkohleregionen
	Kompensation	Kompensationszahlungen für finanzielle Verluste durch den Braunkohleausstieg
6. Grundlegende Vorstellungen	Wirtschaft	Wettbewerbsfähigkeit
		Strompreise
		Arbeitsplätze
		Energieversorgungssicherheit für Industrie
		Planungssicherheit für wirtschaftliche Akteur*innen
	Umwelt	Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele

Tab. 1: Die Dimensionen der Policy Core Beliefs

Die Sekundäraspekte des Belief Systems wurden induktiv anhand der empirischen Daten dieser Arbeit ermittelt. Sie bestehen aus den Komponenten:

- Umsiedlung der Anwohner*innen
- Rodung des Hambacher Forsts
- Stilllegungspfad der Braunkohlekraftwerke

Die Positionen zur Umsiedlung der Anwohner*innen und zur Rodung des Hambacher Forsts in der rheinischen Braunkohleregion beziehen sich auf den Braunkohleabbau, bei dem sich

die Tagebaue vergrößern, sodass Anwohner*innen umgesiedelt und Wälder gerodet werden. Dabei eignen sich die Positionen zum Hambacher Forst als Sekundäraspekt, weil hier eine ökologische Folge durch die Erweiterung der Tagebaue sichtbar wird und der Wald die politische Forderung des Braunkohleausstiegs symbolisiert (siehe Kapitel 4.1), sodass die Akteur*innen sich dazu positionieren. Die Umsiedlung der Anwohner*innen und die Rodung des Hambacher Forsts umfassen deshalb bestimmte Aspekte der Problemstellung an spezifischen Orten, was eine Komponente der Sekundäraspekte von Sabatier (1998: 112) ist. Die Ausgestaltung des Stilllegungspfads der Braunkohlekraftwerke beschreibt einen Teilaspekt des Braunkohleausstiegs und ist durch die örtliche und zeitliche Bindung nicht subsystemumfassend. Dementsprechend stellt die dazugehörige Ansicht der Akteur*innen einen Sekundäraspekt dar.

Im zweiten Teil der empirischen Analyse wird untersucht, inwiefern der Politikprozess im Untersuchungszeitraum Bedingungen für einen Wandlungsprozess nach dem ACF aufweist. Dazu werden die Einflussfaktoren mithilfe der im ACF dargestellten Pfade von Politikwandel analysiert. Die identifizierten Veränderungen der Policy Core Beliefs und der Sekundäraspekte stehen dabei im Mittelpunkt. Wie in Kapitel 3.5 beschrieben, können Wandlungsprozesse im Subsystem durch Abkommen zwischen den Koalitionen, politikorientierte Lernprozesse von Akteur*innen des Subsystems, interne Schocks und externen Einflussfaktoren entstehen (Sabatier und Weible 2007). Auf Basis der Beschreibung des Subsystems (siehe Kapitel 4.1) können interne Schocks als Ursache für Wandel ausgeschlossen werden, deshalb wird dieser Pfad hier nicht berücksichtigt.

Im Folgenden werden empirische Anknüpfungspunkte auf Basis des ACFs an die Entwicklungspfade für Politikwandel beschrieben. Zu den externen Einflussfaktoren auf das Subsystem gehören nach Sabatier (1998: 102) der Wandel der sozioökonomischen Bedingungen, die Veränderungen der öffentlichen Meinung, ein Wechsel der Regierungskoalition oder Politikentscheidungen und Einflüsse aus anderen Subsystemen. Für diese Arbeit werden dabei die Aspekte der sozioökonomischen Bedingungen und öffentlichen Meinung berücksichtigt, da aus der Beschreibung der Rahmenbedingungen im Subsystem (siehe Kapitel 4.1) keine Schlussfolgerungen auf die anderen Aspekte möglich sind und eine Analyse deshalb nicht durchführbar ist. Politikorientierte Lernprozesse beschreiben nach Sabatier (1998: 104) die

Erweiterung des Kenntnisstands zur Problemstellung im Subsystem, wodurch sich die Zielstellungen und damit die Policy Core Beliefs anpassen. Dementsprechend können diese direkt für die Advocacy Koalitionen untersucht werden. Für den Politikwandel auf Basis von Abkommen stellen Sabatier und Weible (2007: 206f.) Kriterien auf, die das Abkommen zwischen den Advocacy Koalitionen wahrscheinlicher machen. Dazu gehört unter anderem der Austausch aller beteiligten Akteur*innen in einem Forum, das von einem*r neutralen Akteur*in geleitet wird und in dem die Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Gleichzeitig sollten alle Akteur*innen den Status Quo des Subsystems als untragbar wahrnehmen. Die folgende Abbildung zeigt die Einflussfaktoren auf Politikwandel und ihre Wechselwirkung mit den Policy Core Beliefs, die in dieser Arbeit berücksichtigt werden.

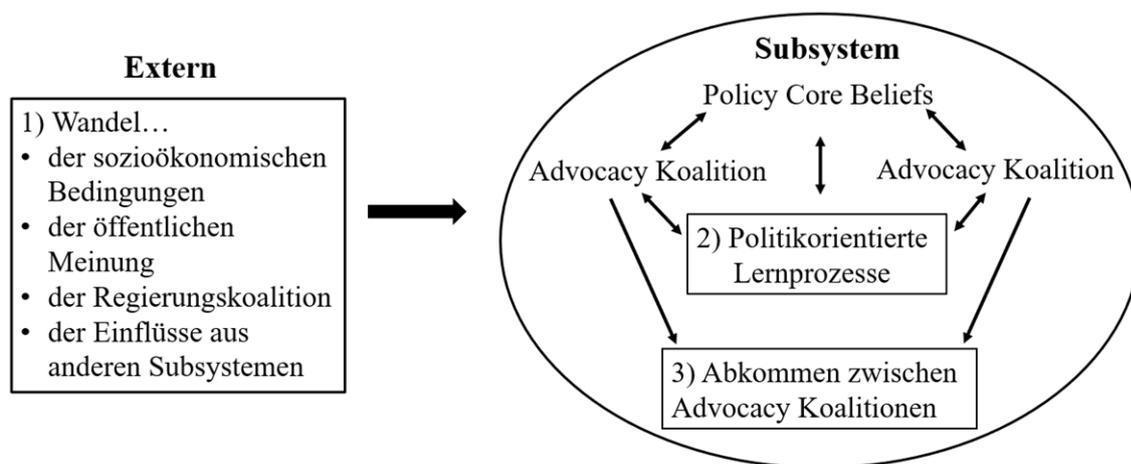


Abb. 3: Einflussfaktoren für Politikwandel (Eigene Darstellung basierend auf Sabatier (1998) und Sabatier und Weible (2007))

Für die empirische Analyse werden die Bedingungen des Subsystems und die Veränderungen der Beliefs hinsichtlich der genannten Kriterien für Politikwandel untersucht. Im Anschluss wird anhand dessen eine Einschätzung über den Umfang des Wandels abgegeben. Dafür wird im ACF zwischen Minor und Major Policy Change unterschieden, wobei Major Policy Change mit Veränderungen der Policy Core Beliefs einhergeht und häufig durch die Kombination verschiedener Entwicklungspfade eintritt (Jenkins-Smith et al. 2018: 146f.). Diese hier verwendete heuristische Vorgehensweise ermöglicht es, das Ausmaß von Politikwandel in dem Subsystem einzuschätzen.

5. Daten und Methodik

5.1 Fallstudie

Das Ziel dieser Untersuchung ist die Analyse der politischen Debatte des Braunkohleausstiegs im Hinblick auf die Beliefs der Akteur*innen und ihren Veränderungen. Aufgrund dessen wurde eine Fallstudie – zum Subsystem der Braunkohle in Deutschland – mit zeitlicher Variation und innerhalb des Falls liegenden Einheiten durchgeführt (Gerring 2004: 343f.). Eine Einheit des Falls entspricht hier einem*r Akteur*in des Subsystems der Braunkohle. Eine zeitliche Variation ergibt sich aufgrund der Analyse von Veränderungen zwischen 2018 und 2020, wobei der Fall hier zu zwei Zeitpunkten analysiert wird. Die Untersuchung des Falls erfolgt auf Basis einer qualitativen Textanalyse von Statements relevanter Akteur*innen im Subsystem. Die Datensammlung umfasst 43 Dokumente in Form von Pressemitteilungen oder Kommentaren von Sprecher*innen der Akteur*innen zu politischen Ereignissen im Subsystem.

5.2 Datenerhebung: Auswahl der Akteur*innen und der Daten

Die relevanten Akteur*innen des Subsystems wurden mithilfe der Studie von Leipprand und Flachsland (2018) und einer Internetrecherche zur öffentlichen Teilnahme an der Debatte im Untersuchungszeitraum ausgewählt. Dazu wurden folgende Auswahlkriterien für die Akteur*innen festgelegt:

- Akteur*innen, die ein offensichtliches Ziel im Subsystem verfolgen, Interessen von größeren Gruppen vertreten oder politische Entscheidungspositionen, die das Subsystem direkt betreffen, innehaben (Leipprand und Flachsland 2018: 193)
- Akteur*innen, die sich an der politischen Debatte zum Braunkohleausstieg zu den Untersuchungszeitpunkten 2018 und 2020 beteiligten und deren Positionen online schriftlich zugänglich sind

Es werden verschiedene Akteur*innengruppen zu ungefähr gleichen Anteilen erfasst, sodass eine ausgewogene, umfassende Datensammlung entsteht und die Anzahl der Dokumente gleichzeitig überschaubar bleibt. Die Auswahl der Akteur*innen umfasst dabei Landesregierungen der Länder, in denen Braunkohleabbau stattfindet, Bundesministerien, politische

Parteien, NGOs und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Vertreter*innen der Industrie und der Energiekonzerne, Gewerkschaften und Akteur*innen der Wissenschaft. Demnach umfasst die Auswahl ein breites und diverses Spektrum der an der Debatte beteiligten Akteur*innen. Eine Erfassung aller Akteur*innen kann hier aber nicht erfolgen, weshalb die Auswahl im Folgenden kurz begründet wird. Bei ähnlichen Statements von Akteur*innen der gleichen Akteur*innengruppe wurde ein*e Akteur*in stellvertretend ausgewählt. So werden beispielsweise die Energiekonzerne RWE und LEAG in die Analyse miteinbezogen und die MIBRAG wird nicht berücksichtigt, da sich große Überschneidungen der Position mit denen der anderen Energiekonzerne vermuten lassen und die MIBRAG im Vergleich zu den anderen Energiekonzernen den geringsten Anteil an Braunkohle fördert. Für die politischen Parteien wurden die zum Untersuchungszeitpunkt an der Bundesregierung beteiligten Parteien CDU und SPD ausgewählt. Hinzu kommt die Oppositionspartei Bündnis 90/Die Grünen, da die Umsetzung der Klimaschutzziele ein Kernthema der Partei ist. Die Landesregierungen der Bundesländer mit Braunkohleregionen wurden ebenfalls berücksichtigt, wodurch unter anderem die Positionen der Landesregierungsparteien Die Linke in Brandenburg und FDP in Nordrhein-Westfalen in die Analyse miteinfließen. Bei gemeinsam herausgegeben Pressemitteilungen mehrerer Akteur*innen wurden die jeweiligen Statements aus der Mitteilung dem*r Akteur*in zugeordnet. Aufgrund der oben festgelegten Kriterien wurden die Gewerkschaft Ver.di und der Think Tank Agora Energiewende nicht in die Analyse miteinbezogen, denn der Umfang der Dokumente und damit die Beteiligung an der Debatte zwischen 2018 und 2020 war nicht ausreichend, um Veränderungen der Beliefs dieser Akteur*innen analysieren zu können. Eine Ausnahme bildet hier die Initiative Fridays for Future, da sie aufgrund der großen medialen Präsenz als wichtige zivilgesellschaftliche Akteurin dieser Debatte eingestuft wurde, obwohl sie sich erst ab 2019 an der Debatte beteiligt hat.

Die Auswahl der Dokumente erfolgte im Mai 2021 mithilfe einer umfangreichen Internetrecherche mit den Suchbegriffen „Kohleausstieg“ und „KSWB“ für 2018 und „Bund-/ Länder-Einigung“ und „Kohleausstiegsgesetz“ für 2020, was den Eckdaten der politischen Debatte zu den Untersuchungszeitpunkten entspricht. Dabei wurden vor allem auf den Webseiten der Akteur*innen veröffentlichte Pressemitteilungen und Kommentare in die Analyse mitaufgenommen. Die Beschränkung der Auswahl auf die von den Akteur*innen veröffentlichten Dokumente stellt sicher, dass die Überzeugungen nicht durch Dritte verändert wurden, sondern

deren Positionen in der Debatte widerspiegeln. Es wurde jeweils mindestens ein Dokument pro Akteur*in zu den zwei Zeitpunkten 2018 und 2020 in die Analyse aufgenommen, sodass ein zeitlicher Vergleich möglich ist. Bei einigen Akteur*innen wurden zwei Dokumente für einen Untersuchungszeitpunkt ausgewählt, um die Position der*s Akteur*in ausreichend detailreich miteinzubeziehen. Eine Auflistung der Akteur*innen und der Dokumente befindet sich im Anhang und die Quellen der Dokumente sind im Literaturverzeichnis mit aufgeführt.

5.3 Datenanalyse: Qualitative Inhaltsanalyse

Diese Arbeit nutzt die qualitative Inhaltsanalyse zur Untersuchung des Belief Systems und folgt damit Sabatier und Weible (2007: 196), die dies als ein mögliches empirisches Analyseverfahren nennen. Aufgrund der qualitativen und hermeneutischen Ausrichtung des Verfahrens und der Möglichkeit sowohl deduktiv als auch induktiv zu kodieren, wird hier die inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) angewendet. Außerdem orientiert sich diese Arbeit insbesondere bei der Entwicklung des Kategoriensystems an dem methodischen Vorgehen von Löhr (2020: 112ff.), die in ihrer Analyse des Belief Systems ebenfalls die Inhaltsanalyse nach Kuckartz verwendet. Kuckartz (2018) beschreibt folgende Analyseschritte, nach denen hier vorgegangen wurde. Die Analyse begann mit der initiierenden Textarbeit, bei der wichtige Textstellen markiert und Memos geschrieben wurden (Kuckartz 2018: 100). Als wichtig wurden bei dieser Untersuchung Abschnitte eingestuft, die Forderungen und Beschreibungen zu Themen oder Teilbereichen des Subsystems beinhalten. Daraufhin wurden thematische Hauptkategorien entwickelt, das Material mit diesen Hauptkategorien kodiert und alle kodierten Textstellen zusammengestellt (ebd.). Die Hauptkategorien wurden dabei vorrangig deduktiv mittels A-priori-Kategorienbildung nach Kuckartz (2018: 64) entwickelt und umfassen die in Kapitel 4.3 operationalisierten Subdimensionen der Policy Core Beliefs. Diese wurden induktiv am Material ergänzt, sodass sie die zentralen Themen der Akteur*innen aus den Dokumenten des Subsystems vollständig widerspiegeln und die Beliefs für das Subsystem anhand der Daten spezifizieren. Anschließend erfolgt die induktive Bestimmung von Subkategorien am Material und das Kodieren des Materials mit dem ausdifferenzierten Kategoriensystem (ebd.). Die Erstellung von Subkategorien erfolgt in Anlehnung an das Kategoriensystem von Löhr (2020: 115), wonach für jede Hauptkategorie (hier: Subdimension) drei Subkategorien gebildet wurden. Diese wur-

den induktiv am Material entwickelt und umfassen hier zumeist die Ausprägung der Bedeutung, die die Subdimension für die Akteur*innen innehat. Das vollständige Kategoriensystem befindet sich im Anhang der Arbeit. Die Kategorienbildung und das Kodieren wurde mithilfe der Software MAXQDA durchgeführt. Der letzte Schritt der Inhaltsanalyse ist die einfache und komplexe Analyse und Auswertung der Kategorien (Kuckartz 2018: 117). Hierbei wurden unter anderem die Zuordnung der Textstellen zu den Ausprägungen der Subdimensionen und die Passung des Kategoriensystems zu den kodierten Textstellen erneut überprüft.

Die Einteilung der Akteur*innen in Advocacy Koalitionen erfolgte anhand der Policy Core Beliefs und deren Ausprägungen. Dabei werden Akteur*innen mit ähnlichen Policy Core Beliefs in eine Advocacy Koalition zusammengefasst. Die Durchführung einer Clusteranalyse zur Identifikation von Advocacy Koalitionen, wie beispielsweise bei Markard et al. (2016) oder bei Löhr (2020), erfolgt in dieser Arbeit aufgrund der qualitativen Ausrichtung der Untersuchung nicht. Der Fokus dieser Arbeit liegt stattdessen auf der inhaltlichen Analyse der Dokumente im Hinblick auf Veränderungstendenzen der Policy Core Beliefs im Untersuchungszeitraum. Die Identifizierung von Advocacy Koalitionen ist deshalb kein zentraler Bestandteil dieser Arbeit, da hierfür zumindest die Analyse der inhaltlichen Überschneidungen der Policy Core Beliefs aller Akteur*innen und der Koordination zwischen den Akteur*innen notwendig wäre (Weible et al. 2020: 1067). Stattdessen wird die Existenz zweier Advocacy Koalitionen, einer Umweltkoalition und einer Wirtschaftskoalition, für das Subsystem auf Basis der bisherigen empirischen Studien mit Überschneidungen zum Fallbeispiel (Leipprand und Flachland 2018; Löhr 2020) angenommen. Dies wird in Kapitel 3.6 detaillierter ausgeführt.

6. Empirische Ergebnisse: Policy Core Beliefs, Sekundäraspekte und Advocacy Koalitionen

6.1 Die Advocacy Koalitionen in der Debatte um den Braunkohleausstieg

Für die Darstellung der Ergebnisse werden zunächst die Advocacy Koalitionen mit ihren Akteur*innen vorgestellt. Die Existenz einer Wirtschafts- und einer Umweltkoalition werden hier aufgrund der bisherigen Forschungsergebnisse und insbesondere auf Basis der Identifikation der Advocacy Koalitionen von Löhr (2020) vorausgesetzt (siehe Kapitel 3.6). Die hieraus entstehende Limitation dieser Arbeit wird in Kapitel 6.4. beschrieben. Die Zuordnung

der Akteur*innen in die Koalitionen oder zur Gruppe der Vermittler*innen erfolgt auf Basis der Kodierungen ihrer Statements. Dies entspricht nicht den Kriterien zur Identifikation von Advocacy Koalitionen nach dem ACF, nach dem die notwendige Minimalbedingung für Koalitionen die gemeinsamen Policy Core Beliefs sind (Weible et al. 2020: 1067). Dementsprechend kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass weitere Advocacy Koalitionen oder andere Konstellationen mit gemeinsamen Policy Core Beliefs im Fallbeispiel identifizierbar wären. Durch die Analyse der Policy Core Beliefs der beiden Koalitionen in diesem Fallbeispiel (siehe Kapitel 6.2) und durch den Bezug zu bisherigen Forschungsergebnissen im deutschen Energiewandel (siehe Kapitel 3.6) soll dieses Risiko hier minimiert werden. Für eine detailliertere Einsicht in die Einheitlichkeit der Policy Core Beliefs und die Kooperation der Akteur*innen innerhalb einer Koalition wäre eine weitere Untersuchung, z.B. durch eine Clusteranalyse, notwendig.

Die Wirtschaftscoalition dieses Subsystems setzt sich aus acht Akteur*innen zusammen, die von einem Braunkohleausstieg direkt betroffen wären. Hierzu zählen die Energieversorger RWE und LEAG und die Regierungen der Länder mit Braunkohleregionen Brandenburg, NRW und Sachsen. Die Gewerkschaft IG BCE vertritt die Arbeiter*innen der Braunkohletagebaue und der BDI vertritt die Interessen der Industrieunternehmen. Beide Akteur*innen lassen sich, genauso wie die Partei CDU, eindeutig der Wirtschaftscoalition zuordnen. In den Dokumenten dieser Akteur*innen spielen wirtschaftliche Aspekte der Braunkohleverstromung und mögliche Risiken des Ausstiegs die dominante Rolle. Die Umweltcoalition besteht hier aus sechs Akteur*innen. Den größten Anteil bilden dabei die NGOs Greenpeace und der BUND, und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, wie Fridays for Future und die Initiative Buirer für Buir, die die Interessen der Betroffenen der Tagebauerweiterungen im Rheinland vertritt. Zusätzlich dazu zählen die Partei Bündnis 90/Die Grünen und die wissenschaftliche Akteurin des DIW ebenfalls zur Umweltcoalition. Die Akteur*innen dieser Koalition heben die Auswirkungen auf die Umwelt in ihren Statements hervor und fordern einen schnellen Braunkohleausstieg. Die Akteur*innen SPD, das von der SPD geführten BMU und das von der CDU geführten BMWi lassen sich dabei auf Basis der Policy Core Beliefs nicht eindeutig einer Koalition zuordnen und könnten in der Debatte die Rolle eines Policy Brokers einnehmen. Eine ausführlichere Beschreibung ihrer Beliefs und die draufbasierende Begründung der

vermittelnden Rolle befindet sich am Ende des nächsten Kapitels. Die folgende Tabelle 2 zeigt die Advocacy Koalitionen und die dazugehörigen Akteur*innen.

	Wirtschaftskoalition	Umweltkoalition	Vermittler*innen
Bundesministerien			BMU, BMWi
Politische Parteien	CDU	Bündnis 90/Die Grünen	SPD
Landesregierungen	Brandenburg NRW Sachsen		
Energie & Industrie	LEAG RWE BDI		
Gewerkschaften	IG BCE		
NGOs & Zivilgesellschaft		Bürger für Bürger BUND Greenpeace Fridays for Future	
Wissenschaft		DIW	

Tab. 2: Die Advocacy Koalitionen des Braunkohleausstiegs

6.2 Zur KSWB 2018: Policy Core Beliefs und Sekundäraspekte

Dieses Kapitel stellt die Beliefs der Wirtschaftskoalition, der Umweltkoalition und der Vermittler*innen 2018 zum Beginn des Untersuchungszeitraums dar. Dazu werden die Policy Core Beliefs der Wirtschafts- und der Umweltkoalition zusätzlich tabellarisch gegenübergestellt (siehe Tab. 3). Die Analyse für 2018 basiert auf 19 Dokumenten.

Für die Wirtschaftskoalition stehen die wirtschaftlichen Faktoren bei den grundlegenden Vorstellungen (Tab. 3 – Dimension 6) zum Braunkohleausstieg im Vordergrund. Dabei wird vor allem die Wirkung von erhöhten Strompreisen und unsicherer Stromversorgung auf die Aspekte der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit betont. So wird für die Landesregierung in NRW beispielsweise der Ministerpräsident Armin Laschet paraphrasiert:

„Er unterstrich die enorme Bedeutung einer sicheren und international wettbewerbsfähigen Stromversorgung. Allein die energieintensiven Industrien in Nordrhein-Westfalen beschäftigen über 250.000 Menschen. Eine Reduktion der Kohleverstromung dürfe nicht zu Dominoeffekten in der Industrie führen“ (Landesregierung NRW 2018a).

Für alle Akteur*innen dieser Koalition haben die wirtschaftlichen Aspekte der Strompreisentwicklung, der Wettbewerbsfähigkeit und der Energieversorgungssicherheit höchste Prio-

rität. Dabei wird argumentiert, dass diese durch die Braunkohleverstromung sichergestellt würde und insbesondere die Energieversorgungssicherheit bei Strom durch erneuerbare Energien nicht gewährleistet sei. Die Planungssicherheit für Unternehmen und Energieversorger wird ebenfalls von einigen Akteur*innen als wichtige Basis eines funktionierenden Energiesektors aufgeführt. Insgesamt unterscheidet sich der Fokus der einzelnen Akteur*innen bei der Priorisierung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Aspekte. Bei den grundlegenden Positionen zur Umwelt beschreibt ein Teil der Akteur*innen die klimapolitische Ausrichtung des Energiesektors als eins der Ziele, aber priorisieren dieses nicht. So argumentiert die CDU beispielsweise:

„Die heute eingesetzte Kommission muss bei ihrer Arbeit gleichrangig das energiepolitische Zieldreieck im Blick behalten. Das heißt: Unser Klimaschutz ist nur dann erfolgreich, wenn es keine Abstriche bei Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gibt“ (Bundestagsfraktion CDU/CSU 2018).

Gleichzeitig führen einige Akteur*innen, wie zum Beispiel die IG BCE, an, dass der Energiesektor „schon längst die Hauptlast der CO₂-Einsparung in Deutschland trage“ (IG BCE 2018). Hier wird ebenfalls deutlich, dass die Akteur*innen die Emissionen aus der Braunkohleverstromung nicht oder nur teilweise für das eventuelle Verfehlen der Klimaschutzziele verantwortlich machen, was die Dimension der Ursache des Problems (Tab. 3 – Dimension 2) beschreibt.

Diese Grundpositionen spiegeln sich in der Dimension der Bedeutung des Problems (Tab. 3 – Dimension 1) wider. Die Ambitionen für einen schnellen Braunkohleausstieg sind in dieser Akteur*innengruppe durchweg eher gering. Grundsätzlich stellen die Akteur*innen die Notwendigkeit eines Ausstiegs nicht infrage, aber argumentieren gegen den Braunkohleausstieg „im Hauruck-Verfahren“ (Bundestagsfraktion CDU/CSU 2018). Demzufolge sprechen sich die Akteur*innen für langfristige Lösungen aus, bei denen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit der Braunkohleausstieg erfolgreich sein kann. Als Voraussetzungen werden dabei insbesondere die Perspektiven für die Braunkohleregionen, die Sicherung der Energieversorgung und geringe Auswirkungen auf die Wirtschaft aufgeführt. Der Aspekt der Energieversorgungssicherheit wird dabei von drei Akteur*innen hervorgehoben, die durch einen schnellen Braunkohleausstieg eine stärkere Abhängigkeit von Stromimporten befürchten. So wird von den Landesregierungen vermutet, dass „Deutschland unter anderem von

Kohlestrom aus Polen und Tschechien ab[hinge] – Emissionen würden lediglich in andere Länder verlagert“ (Landesregierung NRW 2018b). Alle Akteur*innen der Koalition betonen für die Dimension der Verantwortlichkeit (Tab. 3 – Dimension 3) die Rolle der Politik zur Umsetzung des Braunkohleausstiegs und fordern insbesondere eine Abfederung und Unterstützung bei den damit einhergehenden Problemstellungen. Lediglich die CDU spricht sich zusätzlich für eine Stärkung des europäischen Emissionshandels aus (Bundestagsfraktion CDU/CSU 2018). Bei den diskutierten politischen Instrumenten (Tab. 3 – Dimension 5) ist die (finanzielle) Unterstützung bei Strukturwandlungsprozessen insbesondere für die Landesregierungen besonders wichtig. Die Aufgabe der KSWB besteht nach den meisten Akteur*innen der Koalition aus der Untersuchung der Auswirkungen des Braunkohleausstiegs auf die oben aufgeführten wirtschaftlichen Aspekte und aus dem Erarbeiten von politischen Maßnahmen, die diese abfedern und Planungssicherheit verschaffen. Zum Zustandekommen eines Konsenses mit allen Akteur*innen oder der Berücksichtigung der öffentlichen Meinung (Tab. 3 – Dimension 4) äußert sich kein*e Akteur*in dieser Koalition.

Für die Sekundäraspekte betont lediglich der Energieversorger RWE, dass die Umsiedlung der Anwohner*innen von Tagebauen ein notwendiger aber „kritischer Aspekt“ der Braunkohleverstromung ist (RWE 2018). Beim Aspekt des Stilllegungspfads der Braunkohlekraftwerke werden, insbesondere von den Energieversorgern aber auch von weiteren Akteur*innen, langfristige und planungssichere Lösungen angestrebt.

Anders als bei der Wirtschaftscoalition liegen die Grundvorstellungen der Umweltkoalition (Tab. 3 – Dimension 6) verstärkt auf den umweltbezogenen Aspekten. Im wirtschaftlichen Bereich beschreiben einige Akteur*innen die Relevanz von Energieversorgungssicherheit und Planungssicherheit für die Regionen. Außerdem fordern sie Perspektiven für Arbeiter*innen durch die Schaffung neuer Stellen außerhalb der Braunkohleindustrie. Insgesamt werden diese Themen bei allen Akteur*innen dieser Koalition wenig benannt. Greenpeace argumentiert zum Beispiel,

„dass rund ein Drittel der deutschen Kohlekraftwerke mit insgesamt 17 Gigawatt Kapazität innerhalb von drei Jahren vom Netz gehen könnten. Die Versorgungssicherheit bliebe gewährleistet, der deutsche CO₂-Ausstoß aber würde bis 2020 um 88 Millionen Tonnen sinken“ (Greenpeace 2018a).

Die grundlegenden Vorstellungen zum Subsystem ähneln sich in dieser Koalition bei allen Akteur*innen und beinhalten eine Priorisierung der ökologischen Ausrichtung des Subsystems. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind dabei zweitrangig. Diese Position spiegelt die Ausprägungen des Belief der Ursache für die Problemstellung (Tab. 3 – Dimension 2) wider. Hier betonen die Akteur*innen die Auswirkungen der Braunkohleverstromung auf das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele. Das DIW beschreibt den Zusammenhang wie folgt:

„In der Stromerzeugung werden nach wie vor große Mengen an Braun- und Steinkohle eingesetzt, die im Jahr 2016 für mehr als ein Viertel der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland verantwortlich waren. Ohne zusätzliche Maßnahmen ist deshalb nicht zu erwarten, dass die Klimaschutzziele der Bundesregierung erreicht werden können“ (DIW 2018).

Dementsprechend sprechen sich alle Akteur*innen für eine erhöhte Geschwindigkeit des Braunkohleausstiegs (Tab. 3 – Dimension 1) aus, was sie meist zum Kernthema ihrer Statements machen. Dabei befürworten sie die politische Regulierung der Braunkohleverstromung (Tab. 3 – Dimension 3) und fordern die Politik auf, aktiv zu werden. Greenpeace meint zum Beispiel: „Eine Verringerung der Klimagase um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 ist bis Ende der Dekade machbar – würde die Regierung nur wollen“ (Greenpeace 2018b). Diese Position wird im Hinblick auf die Priorisierung der politischen Instrumente (Tab. 3 – Dimension 5) konkretisiert. Die Akteur*innen fordern die Regierung und die politischen Akteur*innen zur Festlegung und Umsetzung des Braunkohleausstiegs auf. Sowohl für die KSWB als auch für ein mögliches Kohleausstiegsgesetz zielen die Akteur*innen auf die Orientierung an den Klimaschutzziele ab, sodass das Erreichen der Klimaschutzziele oberste Priorität hat. Der BUND schreibt beispielsweise, dass die KSWB nur erfolgreich wäre, „wenn die deutschen Klimaschutzziele und das Pariser Klimaabkommen die Richtung vorgeben“ (BUND 2018a). Für das Erreichen eines Konsenses in der KSWB kritisieren einige Akteur*innen, wie Bündnis 90/Die Grünen und der BUND, schon vorab die Zusammensetzung, denn nach ihnen würden die Interessen der Wirtschaftscoalition dort durch die Vergabe der Mitglieder dominieren (BUND 2018a; Bündnis 90/Die Grünen 2018). Dies widerspräche auch der Berücksichtigung der öffentlichen Meinung in den Entscheidungsprozessen (Tab. 3 – Dimension 4). Einige Akteur*innen der Koalition heben hervor, dass „zwei Drittel der Deutschen“ (BUND 2018b) ihre Vorstellungen teilen und dies entsprechend miteinbezogen werden müsse, so lässt sich der Kohleausstieg nach dem DIW „nur in einem gesellschaftlichen Konsens organisieren“ (DIW

2018). Die Mehrheit der Akteur*innen der Umweltkoalition befürwortet das politische Instrument (Tab. 3 – Dimension 5) der Unterstützung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen. Zu den Kompensationszahlungen äußern sich die Akteur*innen hier nicht.

Die Sekundäraspekte werden von den Akteur*innen der Umweltkoalition deutlich mehr beachtet als von der Wirtschaftscoalition. Dabei wird die Rodung des Hambacher Forsts und die Umsiedlung der Anwohner*innen durch die Tagebauerweiterung kritisiert. Auf Basis der Priorisierung der ökologischen Aspekte in den Policy Core Beliefs sprechen sich die Akteur*innen mehrheitlich stark gegen die Umsetzung dieser beiden Sekundäraspekte aus, insbesondere auch für die Zeit der Entscheidungsfindung. Die Initiative Buirer für Buir nimmt hierbei eine Sonderstellung ein. Die Verhinderung der Umsiedlungen der Anwohner*innen ist das Kernthema ihrer Argumentation, wobei sie auf die Folgen für die Betroffenen aufmerksam machen und aus diesem Grund ein Mitspracherecht in der KSWB fordern (Buirer für Buir 2018). Für den Aspekt des Stilllegungspfads wird von einigen Akteur*innen eine verbindliche Festlegung von der Politik gefordert.

Dimension	Wirtschaftscoalition	Umweltkoalition
1 Geschwindigkeit des Braunkohleausstiegs	Die Ambitionen für einen schnellen Braunkohleausstieg sind durchweg eher gering, wobei die Notwendigkeit generell meist nicht infrage gestellt wird.	Das Kernthema der Koalition ist ein schneller Braunkohleausstieg.
2 Wirkung der Braunkohleverstromung auf das Erreichen der Klimaschutzziele	Die Emissionen aus der Braunkohleverstromung werden nicht oder nur teilweise für das eventuelle Verfehlen der Klimaschutzziele verantwortlich gemacht.	Die Auswirkungen der Braunkohleverstromung auf das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele werden hervorgehoben.
3 Staatliche oder marktwirtschaftliche Regulierung	Fast alle Akteur*innen betonen die Rolle der Politik zur Umsetzung des Braunkohleausstiegs und fordern eine Abfederung und Unterstützung bei den damit einhergehenden Problemstellungen.	Die Koalition befürwortet die politische Regulierung der Braunkohleverstromung und fordert die Politik auf, aktiv zu werden.
4 Berücksichtigung der öffentlichen Meinung und Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in Entscheidungsprozesse	-	Die Koalition fordert einen stärkeren Einbezug der öffentlichen Meinung in die Entscheidungsprozesse.
5 Priorisierung politischer In-	Als Aufgaben der KSWB nen-	Der Fokus der Koalition liegt

	<p>strumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> • KSWB • Kohleausstiegsgesetz • Maßnahmen zum Strukturwandel in den Braunkohleregionen • Kompensationszahlungen 	<p>nen die meisten Akteur*innen die Erarbeitung von politischen Maßnahmen, die die Auswirkungen eines Braunkohleausstiegs auf die Wirtschaft abfedern, und Planungssicherheit verschaffen. Für die Landesregierungen ist die (finanzielle) Unterstützung bei Strukturwandelprozessen besonders wichtig.</p>	<p>auf dem Beschluss eines Gesetzes zur Festlegung des Braunkohleausstiegs und auf der KSWB. Dabei wird deren Zusammensetzung von einigen Akteur*innen kritisiert, weil die Interessen der Wirtschaftscoalition zu stark vertreten seien. Die Mehrheit der Akteur*innen befürwortet die Unterstützung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen.</p>
6	<p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsfähigkeit • Strompreise • Arbeitsplätze • Energieversorgungssicherheit für Industrie • Planungssicherheit für wirtschaftliche Akteur*innen 	<p>Die wirtschaftlichen Aspekte haben hier höchste Priorität, wobei die einzelnen Aspekte je nach Akteur*in als unterschiedlich wichtig erachtet werden. Besonders betont werden vor allem die erhöhten Strompreise und die Gefährdung der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit als mögliche Folgen eines Ausstiegs. Außerdem wird argumentiert, dass die Energieversorgungssicherheit nur mit der Braunkohlestromerzeugung sichergestellt würde.</p>	<p>Insgesamt werden diese Themen wenig benannt. Einige Akteur*innen nennen die Relevanz von Energieversorgungssicherheit und Planungssicherheit für die Regionen. Außerdem fordern sie Perspektiven für Arbeiter*innen außerhalb der Braunkohleindustrie.</p>
	<p>Umwelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung der Pariser Klimaziele 	<p>Ein Teil der Akteur*innen nennt die klimapolitische Ausrichtung als ein Ziel des Energiesektors, aber priorisieren dieses nicht.</p>	<p>Die ökologische Ausrichtung des Subsystems wird priorisiert, während die wirtschaftlichen Auswirkungen als zweitrangig gelten.</p>

Tab. 3: Policy Core Beliefs der Wirtschafts- und der Umweltkoalition 2018

Die Beliefs der Vermittler*innen bewegen sich bei allen Akteur*innen dieser Gruppe zwischen den Beliefs der Wirtschafts- und der Umweltkoalition und sprechen sich dabei für einen Kompromiss beider Perspektiven aus. Sie betonen bei den grundlegenden Vorstellungen (Dimension 6) die Vereinbarkeit von wirtschaftlichen und ökologischen Zielen des Subsystems. Das BMU fasst dazu zusammen: „Die Frage ist nicht, ob der Kohleausstieg kommt, sondern wann und wie“ (BMU 2018b). Zu der Geschwindigkeit des Braunkohleausstiegs (Dimension 1) äußern sich die SPD und das BMWi nicht. Die SPD betont aber die „gewaltige wirtschaftliche Herausforderung“ (BMAS 2018), die dadurch entsteht. Für die Präferenz der poli-

tischen Instrumente (Dimension 5) unterstützen sie die Einsetzung der KSWB und befürworten einen Instrumentenmix, der „den Klimaschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung, Strukturwandel, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Sozialverträglichkeit zusammenbringen“ (BMU 2018a) soll. Der SPD sind dabei die Maßnahmen zum Strukturwandel am bedeutsamsten (BMAS 2018). Für die Sekundäraspekte unterstützt der BMU die Forderungen, die Runden und Umsiedlungen für den Entscheidungsprozess zu stoppen, um die Chancen für einen Konsens in der KSWB zu erhöhen (BMU 2018b). Die SPD und das BMWi vertreten hier keine Position zu den Sekundäraspekten. Die Datensammlung zu den vermittelnden Akteur*innen ist hier im Vergleich deutlich kleiner, weil die Akteur*innen weniger Statements veröffentlichten.

6.3 Zum Kohleausstiegsgesetz 2020: Veränderungen der Policy Core Beliefs und Sekundäraspekte

Im Folgenden werden nun die Policy Core Beliefs und die Sekundäraspekte der Wirtschafts- und der Umweltkoalition für 2020 dargestellt. Dabei liegt der Fokus auf den Veränderungen im Vergleich zu 2018. Die Policy Core Beliefs der beiden Koalitionen werden zusätzlich tabellarisch zusammengefasst (siehe Tab. 4). Die Grundlage der Analyse für 2020 bilden 24 Dokumente.

Die Wirtschaftscoalition behandelt in den Statements vorwiegend die Durchsetzung ihrer Interessen in den nun beschlossenen politischen Instrumenten. Für die grundlegenden Vorstellungen (Tab. 4 – Dimension 6) bleiben wirtschaftlichen Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit, der Entwicklung der Strompreise und der Energieversorgungssicherheit für die Akteur*innen zentrale Kriterien für ein funktionstüchtiges Subsystem. So muss beispielsweise für die CDU „eine verlässliche und bezahlbare Stromversorgung sichergestellt werden. Dabei spielt Kohle heute noch immer eine wichtige Rolle“ (CDU 2020). Der wirtschaftliche Bereich der Planungssicherheit und der Arbeitsplätze hat bei den meisten Akteur*innen dieser Koalition an Bedeutung gewonnen. Dabei verschiebt sich die Bedeutung des Erhalts der Arbeitsplätze auf die Abfederung des Stellenabbaus in den Energieunternehmen durch die Politik. Für die Planungssicherheit beschreiben einige Akteur*innen, dass sie sich in der Abwägung zwischen Planungssicherheit durch eindeutige politische Regulierungsmaßnahmen und der Unsicherheit ohne eine politische Festlegung für die sicheren Bedingungen entscheiden. Für

die grundlegenden Vorstellungen zur Umwelt betonen einige Akteur*innen, dass der Energiesektor mit dem nun beschlossenen Braunkohleausstieg einen großen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leistet.

Auch 2020 machen die Akteur*innen die Politik für die Lösung des Konflikts verantwortlich (Tab. 4 – Dimension 3). Ein großer Unterschied im Vergleich zu 2018 ist die Priorisierung der politischen Instrumente (Tab. 4 – Dimension 5). Hier befürworten die Akteur*innen den Beschluss des Kohleausstiegsgesetzes. So bezeichnet die Landesregierung von Brandenburg das Gesetz „als positiven und dringend notwendigen Schritt“ (Landesregierung Brandenburg 2020a). Dabei beschreiben sie die Wichtigkeit der darin enthaltenen Umsetzung des Kompromisses aus der KSWB und die Bedeutung einer einvernehmlichen Lösung der Problemstellung. Als Hauptgrund für die Befürwortung des Kohleausstiegsgesetzes nennen sie die durch die gesetzliche Festlegung erreichte Planungssicherheit für die Unternehmen und die Regionen. Gleichzeitig betonen sie die Wichtigkeit der darin enthaltenen Kompensationszahlungen und Strukturhilfen. Die IG BCE bezeichnet diese Maßnahmen als „folgerichtig“, weil „der Staat finanziell die Verantwortung [für den Verlust der Arbeitsplätze] tragen wird“ (IG BCE 2020). Gleichzeitig heben alle Akteur*innen der Koalition die Herausforderungen hervor, die für sie durch das Kohleausstiegsgesetz entstehen.

Für den Sekundäraspekt des Stilllegungspfads der Braunkohlekraftwerke wird die Wichtigkeit der Planungssicherheit insbesondere von den Energieversorgern erneut betont. Zu den anderen Sekundäraspekten äußern sich die Akteur*innen hier nicht. Lediglich die Landesregierung NRWs beschreibt die ökologischen Vorteile durch den im Gesetz festgelegten Erhalt des Hambacher Forsts (Landesregierung NRW 2020).

Die Umweltkoalition äußert sich in ihren Statements für 2020 nicht zu grundlegenden Vorstellungen (Tab. 4 – Dimension 6) im Bereich Wirtschaft, aber für den Bereich Umwelt stellen sie die aus ihrer Sicht nicht ausreichenden politischen Instrumente (Tab. 4 – Dimension 5) für das Erreichen der Klimaschutzziele heraus. Dabei herrschen in der Koalition unterschiedliche Vorstellungen zum Ergebnis der KSWB, wobei einige dieses Ergebnis als Kompromissentscheidung befürworten, sprechen sich andere Akteur*innen gegen das Ergebnis aufgrund der für sie unzureichenden Klimaschutzmaßnahmen aus. Die politische Regulation mit dem Kohleausstiegsgesetz lehnen aber alle Akteur*innen der Koalition ab. Die Akteur*innen ar-

gumentieren, dass dies den in der KSWB erarbeiteten Kompromiss nicht umsetze und die Klimaschutzziele missachte. Dabei liegt der Fokus auf dem für die Koalition viel zu späten Ausstiegsdatum (Tab. 4 – Dimension 1). Die Initiative Buirer für Buir schreibt zum Beispiel, dass die Bundesregierung „diesen Minimalkompromiss [...] nun aufgekündigt“ (Buirer für Buir 2020) hätte. Zudem äußert Greenpeace sich wie folgt:

„Mit der Missachtung des Pariser Klimaziels, der einseitigen Parteinahme von Industrieinteressen und dem sinnlosen Opfern der Dörfer am Tagebau Garzweiler feuert die Bundesregierung den gesellschaftlichen Konflikt weiter an, statt zur Befriedung beizutragen“ (Greenpeace 2020b).

Wie in dem Zitat deutlich wird, sprechen sich die Akteur*innen der Umweltkoalition gegen die Kompensationszahlungen an die Energieversorger aus. Sie halten diese für zu hoch und aufgrund der langen Laufzeiten für unangemessen. Des Weiteren kritisieren die Akteur*innen die fehlende Berücksichtigung der öffentlichen Meinung in der Entscheidung (Tab. 4 – Dimension 4). Fridays for Future argumentiert dazu, dass die Bundesregierung damit „die Interessen der Kohleindustrie vor die der Bevölkerung stellt“ (Fridays for Future 2020b). Insgesamt lässt sich lediglich für die Dimension der Priorisierung der politischen Instrumente eine Veränderung der Policy Core Beliefs der Umweltkoalition feststellen.

Bei den Sekundäraspekten kritisiert die Umweltkoalition die aufgrund des Ausstiegsdatums weiterhin bestehende Umsiedlung der Anwohner*innen von Tagebauen. Für den im Kohleausstiegsgesetz festgeschriebenen Erhalt des Hambacher Forsts betonen einige Akteur*innen die symbolische Bedeutung des Waldes für die Anti-Kohle-Proteste. Dem letzten Sekundäraspekt, der Stilllegungspfade für die Braunkohlekraftwerke, wird mehr Bedeutung beigemessen, dabei werden sie als unzureichend bezeichnet.

Dimension		Wirtschaftskoalition	Umweltkoalition
1	Geschwindigkeit des Braunkohleausstiegs	-	Der Fokus der Koalition liegt auf dem für sie viel zu späten Ausstiegsdatum im Kohleausstiegsgesetz.
2	Wirkung der Braunkohleverstromung auf das Erreichen der Klimaschutzziele	-	-
3	Staatliche oder marktwirtschaftliche Regulierung	Die Koalition macht die Politik für die Lösung des Konflikts verantwortlich.	-

4	Berücksichtigung der öffentlichen Meinung und Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in Entscheidungsprozesse	-	Die Koalition kritisiert die fehlende Berücksichtigung der öffentlichen Meinung im politischen Beschluss.
5	<p>Priorisierung politischer Instrumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> • KSWB • Kohleausstiegsgesetz • Maßnahmen zum Strukturwandel in den Braunkohleregionen • Kompensationszahlungen 	Die Koalition befürwortet den Beschluss des Kohleausstiegsgesetzes und hebt gleichzeitig die wirtschaftlichen Herausforderungen hervor, die durch das Kohleausstiegsgesetz entstünden. Als Hauptgrund für die Befürwortung nennen sie die durch die gesetzliche Festlegung erreichte Planungssicherheit. Gleichzeitig betonen sie die Wichtigkeit der darin enthaltenen Kompensationszahlungen und Strukturhilfen und heben den für sie nun umgesetzten Kompromiss aus der KSWB hervor.	Die Koalition lehnt das Kohleausstiegsgesetz ab, da die Klimaziele aus ihrer Sicht missachtet und der Kompromiss aus der KSWB nicht umgesetzt worden wären. Dabei herrschen in der Koalition unterschiedliche Ansichten zum Ergebnis der KSWB, das als Kompromissentscheidung befürwortet oder als unzureichend für die Klimaschutzmaßnahmen bewertet wird. Außerdem spricht sich die Koalition gegen die Kompensationszahlungen an die Energieversorger aus.
6	<p>Wirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsfähigkeit • Strompreise • Arbeitsplätze • Energieversorgungssicherheit für Industrie • Planungssicherheit für wirtschaftliche Akteur*innen 	Die Planungssicherheit hat bei den meisten Akteur*innen dieser Koalition an Bedeutung gewonnen, weshalb sie eine politische Festlegung des Ausstiegs befürworten. In Bezug auf die Arbeitsplätze verschiebt sich der Fokus von deren Erhalt auf die Abfederung des Stellenabbaus in den Energieunternehmen. Die Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit, der Strompreise und der Energieversorgungssicherheit bleiben weiterhin zentral.	-
	<p>Umwelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung der Pariser Klimaziele 	Einige Akteur*innen betonen, dass der Energiesektor mit dem nun beschlossenen Braunkohleausstieg einen großen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leiste.	Die Akteur*innen stellen die für sie unzureichenden politischen Instrumente für die Einhaltung der Klimaziele heraus.

Tab. 4: Die Policy Core Beliefs der Wirtschafts- und der Umweltkoalition 2020

Für die Vermittler*innen bleiben die grundlegenden Vorstellungen zum Subsystem unverändert. Die Akteur*innen betonen in ihren Statements vor allem die Vorteile und die positiven

Auswirkungen der festgelegten politischen Instrumente (Dimension 5). Für sie lösen die politischen Instrumente die Problemstellung im Subsystem in vollem Umfang. So argumentiert die SPD beispielsweise:

„Spätestens 2038 wird kein Kohlekraftwerk mehr laufen. Und wenn Deutschland gut vorankommt, auch schon früher. Das ist gut fürs Klima – aber auch für eine zukunftsfähige Wirtschaft mit vielen guten Arbeitsplätzen“ (SPD 2020).

Dementsprechend steht hier das Zusammenbringen von wirtschaftlichen und ökologischen Zielstellungen der Wirtschafts- und der Umweltkoalition im Vordergrund. Alle Akteur*innen legen dabei viel Wert auf die nach ihnen erfüllte Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Entscheidungsprozess (Dimension 4). So schreibt das BMU beispielsweise:

„Wir haben dafür gesorgt, dass der Kohleausstieg nicht nur das Projekt einiger Weniger ist, sondern von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragen und mitgestaltet wird“ (BMU 2020).

Zu den Sekundäraspekten äußern sich die Vermittler*innen in ihren Statements nicht.

6.4 Diskussion: Wie veränderten sich die Beliefs der Advocacy Koalitionen?

Für beide Advocacy Koalitionen lassen sich nur bedingt Veränderungen der Policy Core Beliefs und der Sekundäraspekte feststellen. Diese liegen insbesondere im Bereich der Priorisierung der politischen Instrumente und zeigen eine gegenläufige Entwicklung der Koalitionen. Während die Umweltkoalition 2018 die politische Regulierung des Braunkohleausstiegs befürwortet und fordert, stimmen sie 2020 aufgrund der Ausgestaltung des dazugehörigen Gesetzes mit dem späten Ausstiegsdatum und der für sie unzureichenden Umsetzung des Kompromisses aus der KSWB dagegen. Die Wirtschaftscoalition zeigt sich der politischen Regulierung des Braunkohleausstiegs 2018 hingegen skeptisch gegenüber und betont die Relevanz der Wirtschaftlichkeit und des Strukturwandels. Die Akteur*innen sprechen sich 2020 für die gesetzliche Regulierung des Braunkohleausstiegs aufgrund der dadurch entstehenden Planungssicherheit und der Finanzhilfen aus. Auf Basis der geringen Veränderungen der Beliefs sind keine Verschiebungen der Akteur*innen in die andere Koalition oder in eine Vermittlungsposition festzustellen. Mithilfe der Beschreibung der politischen Rahmenbedingungen zum Untersuchungszeitraum (siehe Kapitel 4.2) zeigt sich, dass die Policy Core Beliefs der Wirtschaftscoalition die Policies innerhalb des Subsystems zum Großteil widerspiegeln.

Diese Ergebnisse lassen sich nun in den Forschungsstand zu den Advocacy Koalitionen und den Beliefs im deutschen Energiewandel einordnen. Das Subsystem des Braunkohleausstiegs ist in das Subsystem des deutschen Energiewandels eingebettet, weshalb hier ein Bezug zu den Analysen von Löhr (2020) und Hirschl (2008) hergestellt werden kann. Die Analyse dieser Arbeit zeigt, dass die zwei Advocacy Koalitionen, die Hirschl (2008) und Löhr (2020) für den deutschen Energiesektor identifizieren, auch im Subsystem der Braunkohle bestehen. Hierbei können die Akteur*innen nicht nur auf Basis des Forschungsstands sondern auch mithilfe der anschließenden Überprüfung der Policy Core Beliefs für beide Zeitpunkte eindeutig in die beiden Koalitionen und die Vermittler*innen zugeteilt werden. Die identifizierten Policy Core Beliefs in dieser Arbeit überschneiden sich inhaltlich mit der Arbeit von Löhr (2020), was zum einen an der Einbettung dieses Subsystems in das des Energiewandels und zum anderen daran liegt, dass die Operationalisierung des Belief Systems hier an der Arbeit von Löhr (2020) orientiert ist. Dementsprechend stehen in beiden Arbeiten bei einer Koalition die wirtschaftlichen Aspekte und bei der anderen Koalition die Umweltfolgen im Vordergrund. Durch die Beschränkung auf den Braunkohleausstieg in dieser Arbeit werden die Positionen und Vorstellungen zu den erneuerbaren Energien nicht berücksichtigt, was bei Löhr (2020: 343) einen zentralen Aspekt der Grundpositionen der Umweltkoalition darstellt. Durch die Zuspitzung auf die Policy Core Beliefs zum Braunkohleausstieg können die Positionen der Akteur*innen zu diesem Aspekt der Energiewende in dieser Arbeit weiter ausdifferenziert werden.

Gleichzeitig erlauben die empirischen Ergebnisse Deutungen zu den Kernthemen der Debatte um den Kohleausstieg, da die identifizierten Policy Core Beliefs diese für 2018 und 2020 aufgrund der konzeptionellen Nähe darstellen. Dabei werden die Policy Core Beliefs mit den Ergebnissen der Debattenanalyse von Leipprand und Flachsland (2018) für 2015 in Zusammenhang gebracht, um Veränderungen für den Zeitraum aufzuzeigen. Anders als für die Umweltkoalition können für die Wirtschaftscoalition, die der Gruppe der „Status Quo Defenders“ in Leipprand und Flachsland (2018) entspricht, Veränderungen in den Positionen festgestellt werden. Im Unterschied zu Leipprand und Flachsland (2018: 195) äußern sich die Akteur*innen hier nicht per se gegen die politische Regulierung des Braunkohleausstiegs, sondern fordern für 2018 die Priorisierung der wirtschaftlichen Faktoren bei der Ausgestaltung der politischen Instrumente. Dies lässt sich als Verschiebung der Debatte zwischen

2015 und 2018 von der Frage, ob ein Braunkohleausstieg stattfindet, auf die Ausgestaltung des Braunkohleausstiegs interpretieren. Für 2018 bis 2020 liegt der Fokus der Debatte dementsprechend auf den Argumenten für die Priorisierung der ökologischen Aspekte und den Folgen für die Wirtschaft bei der Gestaltung der politischen Instrumente. Die Einordnung der identifizierten Veränderungen in den Forschungsstand zur Analyse von Politikprozessen ist Gegenstand der folgenden Kapitel und erfolgt abschließend in Kapitel 7.2.

Die Limitationen dieses empirischen Teils ergeben sich insbesondere aus der fehlenden Identifizierung der Advocacy Koalitionen und aus der Operationalisierung der Policy Core Beliefs als einziges Kriterium zur Zuordnung der Akteur*innen in die Koalitionen. So wird hier zum einen die Existenz zweier Koalitionen im Subsystem anhand der bisherigen empirischen Arbeiten zum ACF vorausgesetzt (Löhr 2020; Hirschl 2008). Die Studien analysieren allerdings das Subsystem der deutschen Energiewende, sodass für das Subsystem der Braunkohleverstromung möglicherweise andere Koalitionsstrukturen denkbar wären. Dieses Risiko wird durch die Einbettung des Subsystems und durch die Arbeit von Leipprand und Flachsland (2018) gesenkt, die diese duale Struktur auch in der Debatte um den Kohleausstieg beschreiben. In dieser Arbeit wurden die Akteur*innen auf Basis gemeinsamer Policy Core Beliefs in die Advocacy Koalitionen zugeordnet, was nach Weible et al. (2020: 1067) lediglich die Minimalbedingung zur Identifizierung einer Koalition darstellt. Für die exakte Analyse der Advocacy Koalitionen ist Koordination der politischen Aktivitäten zwischen den Akteur*innen einer Koalition ebenfalls von Bedeutung (Weible et al. 2020: 1065). In dieser Arbeit wäre dafür ein anderes methodisches Vorgehen notwendig, was den Umfang der Arbeit übersteigt. Außerdem weist diese Arbeit Einschränkungen durch die methodische Herangehensweise auf. Die Verwendung von Veröffentlichungen der Akteur*innen als Datengrundlage lässt mögliche Unterschiede zwischen den tatsächlichen Überzeugungen der Akteur*innen und ihren Strategien in der Öffentlichkeitsarbeit außer Acht. Es besteht die Möglichkeit, dass die Verschiebung der Policy Core Beliefs der Wirtschaftscoalition eher strategisch begründet ist, da sie ihren Einfluss auf die Verhandlungen um die Gestaltung des Ausstiegs wahren wollte. Andererseits kann davon ausgegangen werden, dass die Akteur*innen ihre Argumente und Einstellungen in der öffentlichen Debatte vertreten wissen wollen. Für eine detailliertere Analyse wäre die Durchführung von Interviews eine gute Ergänzung, um die Beliefs der Akteur*innen aus den Dokumenten zu überprüfen.

7. Empirische Ergebnisse: Kriterien von Politikwandel

7.1 Analyse der Kriterien und der Einflussfaktoren von Politikwandel

In diesem Kapitel werden auf Basis der bisherigen empirischen Ergebnisse die Kriterien des Pfads für Politikwandel am Fallbeispiel erörtert, um dann Einflussfaktoren auf das Subsystem identifizieren und im Anschluss den Umfang des Wandlungsprozesses diskutieren zu können.

Für den Wandlungspfad der externen Ereignisse lässt sich eine Verschiebung der öffentlichen Meinung in Richtung der Policy Core Beliefs der Umweltkoalition feststellen. Wie in der Beschreibung des Subsystems aufgeführt (Kapitel 4.1), intensivierte sich die öffentliche Debatte um den Braunkohleausstieg zwischen 2018 und 2020. Mit der drohenden Verfehlung der nationalen Klimaschutzziele für 2020 und der zunehmenden Bedeutung von Fridays for Future wurden zwischen 2018 und 2020 immer mehr Menschen für Demonstrationen gegen die Braunkohleverstromung mobilisiert. Hierbei könnte das Verfehlen der Klimaschutzziele ein externes Ereignis für Politikwandel nach dem ACF darstellen. Diese Entwicklung zeigt sich zum einen in der erhöhten Aufmerksamkeit der Medien und zum anderen in den gewachsenen Teilnehmendenzahlen bei den Protesten im Hambacher Forst. Daraus lassen sich Vermutungen über die Wirkung auf die Akteur*innen und ihre Machtkonstellation innerhalb des Subsystems ableiten. So konnten die Akteur*innen der Umweltkoalition ihren Einfluss im Subsystem durch die verschobene öffentliche Debatte erhöhen. Dies verstärkte den Druck auf die Akteur*innen des Subsystems, sodass politische Veränderungen des Status Quos wahrscheinlicher wurden. Dies liefert einen Erklärungsansatz für die Änderungen der Policy Core Beliefs der Akteur*innen der Wirtschaftscoalition. Demnach waren ihre Argumente und Positionen aufgrund der Verschiebung der öffentlichen Debatte nicht mehr vertretbar, weshalb sie die politische Regulierung der Braunkohleverstromung akzeptierten und stattdessen die Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Positionen in der Umsetzung priorisierten. Diese konnten die Akteur*innen bei der Ausgestaltung der politischen Instrumente, insbesondere bei der Festlegung des Ausstiegsdatums und bei den Kompensationshilfen, auch durchsetzen, sodass sie das beschlossene Kohleausstiegsgesetz 2020 befürworteten.

Der Pfad des politikorientierten Lernens der Akteur*innen ist durch eine Erweiterung der Kenntnisse der Akteur*innen und die anschließende Anpassung des Belief Systems gekennzeichnet. Da sich, wie oben beschrieben, lediglich Veränderungen der Policy Core Beliefs im

Bereich der Priorisierung der politischen Instrumente feststellen lassen, kann ein umfassender Lernprozess zu den grundlegenden Vorstellungen des Subsystems bei den Akteur*innen ausgeschlossen werden. Die Änderungen der Priorisierung der politischen Instrumente bei einigen Akteur*innen lassen sich zudem mit den Veränderungen in der Ausgestaltung der Instrumente erklären.

Die Kriterien für Politikwandel auf der Basis von Abkommen lassen sich hier nur eingeschränkt wiederfinden. Durch die Einsetzung der KSWB wurde ein Forum für die Bildung eines Konsenses zwischen den Advocacy Koalitionen geschaffen. Die Beteiligung von Akteur*innen aus beiden Koalitionen hat ebenfalls stattgefunden, aber die Umweltkoalition war mit deutlich weniger Akteur*innen vertreten als die Wirtschaftscoalition. Gleichzeitig bestand die vierköpfige Leitung der KSWB mehrheitlich aus Akteur*innen der Wirtschaftscoalition, sodass durch die ungleiche Verteilung der Positionen eine Kompromissfindung mit dem Einverständnis aller Akteur*innen erschwert wurde. Zusätzlich lässt sich davon ausgehen, dass die Wirtschaftscoalition aufgrund der geringen Ambitionen für Veränderungen im Subsystem den Status Quo vorzieht. Diese Aspekte zeigen auf, dass die KSWB kein Forum zur Schaffung eines Abkommens zwischen den Advocacy Koalitionen nach dem ACF darstellt. Trotzdem konnte die KSWB einen Kompromiss zwischen den daran beteiligten Akteur*innen erzielen. Allerdings führten vor allem die Unterschiede zwischen dem Kompromiss der KSWB und dem Kohleausstiegsgesetz 2020 zur Ablehnung des Gesetzes aller Akteur*innen der Umweltkoalition. Dementsprechend sind die Kriterien für ein Abkommen hier nur mit Einschränkungen erfüllt und führten im Anschluss nicht zur Umsetzung des Kompromisses.

7.2 Diskussion: Inwieweit hat ein politischer Wandel stattgefunden?

Zusammenfassend können auf Basis der Kriterien für die Pfade von Politikwandel nur wenige Einflussfaktoren im Fallbeispiel identifiziert werden. Zu diesen gehört der externe Einfluss der drohenden Verfehlung der Klimaschutzziele, die daraus resultierende Aufmerksamkeit und die öffentliche Debatte sowie die Verschiebung einer Dimension der Policy Core Beliefs bei den Akteur*innen der Wirtschaftscoalition. Demzufolge hat weder eine umfassende Veränderung der Policy Core Beliefs noch eine Verschiebung der Einflussnahme auf Politikprozesse von der Wirtschaftscoalition hin zur Umweltkoalition stattgefunden. Daraus wird geschlossen, dass im Untersuchungszeitraum zwischen 2018 und 2020 kein „Major Policy

Change“ nach dem ACF stattgefunden hat. Dennoch lässt sich durch den Wandel bzw. die Verstärkung der Debatte eine erhöhte Einflussnahme der Umweltkoalition auf Politikprozesse feststellen, sodass ein Beschluss zur politischen Regulation des Braunkohleausstiegs zustande kam. Dieser umfasst in der Ausgestaltung aber vor allem die Beliefs der Wirtschaftscoalition.

In Bezug auf die Destabilisierung des bestehenden sozio-technischen Regimes innerhalb der deutschen Energietransition liefern die Ergebnisse dieser Arbeit verschiedene Anknüpfungspunkte. Zum einen spiegelt die Ausgestaltung des Phase-outs die Überzeugungen der am Status Quo festhaltenden Wirtschaftscoalition von 2020 wider. Dementsprechend lässt sich annehmen, dass die Wirtschaftscoalition die Debatte zwischen 2018 und 2020 zu ihren Gunsten beeinflusste und somit ein ambitioniertes Ausstiegsziel, wie von der Umweltkoalition gefordert, im Beschluss verhindern konnte. Dies stimmt mit den aktuellen Forschungsergebnissen überein, wonach die Akteur*innen des Status Quo die Debatte in ihre Richtung beeinflussen (Leipprand und Flachslund 2018: 196) und die Incumbents die Geschwindigkeit der Energietransition hemmen (Hess 2014; Lauber und Jacobsson 2016; Stefes 2016; Johnstone und Hielscher 2017). Die Incumbents sind hierbei der Wirtschaftscoalition zuzuordnen und werden in dieser Analyse den Energieunternehmen LEAG und RWE vertreten. Zum anderen zeigen die Ergebnisse ebenfalls, dass der Druck auf das bestehende Regime durch die externen Einflüsse gestiegen ist. Dies zeigen Kungl und Geels (2016) bereits für die deutsche Energieversorgung zwischen 1998 und 2015. Die große öffentliche Aufmerksamkeit durch die drohende Verfehlung der Klimaschutzziele stellen hierbei im Untersuchungszeitraum zusätzliche Faktoren dar, die den Druck auf das bestehende Subsystem weiter erhöht haben. Die veränderten Überzeugungen der Wirtschaftscoalition bilden somit vermutlich eine Form des Umgangs und der Anpassung an die Herausforderungen für die Incumbents. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der Braunkohleausstieg mithilfe dieser akteur*innenbasierten Analyse nur mit Einschränkungen zu einer Destabilisierung des bestehenden Regimes innerhalb der deutschen Energietransition beiträgt.

Die Limitationen zeigen sich insbesondere in diesem empirischen Teil der Arbeit. So können die Veränderungen der Beliefs durch den kurzen Untersuchungszeitraum von zwei Jahren die politischen Entwicklungen nur zum Teil erklären, weil politische Wandlungsprozesse über

einen längeren Zeitraum stattfinden, und hier dementsprechend nur Veränderungen unmittelbar vor dem Beschluss des Kohleausstiegs untersucht wurden. Es kann demnach nicht ausgeschlossen werden, dass ein umfassender Politikwandel bei einem längeren Untersuchungszeitraum von zehn Jahren, wie im ACF vorgesehen, empirisch messbar wäre. Ein Hinweis dafür ist, dass der Destabilisierungsprozess im deutschen Energiesektor und die daraus resultierende Neuorientierung der Incumbents von Kungl und Geels (2016) schon zwischen 1998 und 2015 beobachtet wurde. Hierbei wäre eine empirische Untersuchung auch über 2020 hinaus spannend, um die Entwicklungen der Überzeugungen auch nach dem Beschluss des Kohleausstiegsgesetzes und den daraus entstehenden politischen Wandlungsprozessen in der anschließenden Umsetzung des Gesetzes zu analysieren. Dementsprechend können die Ergebnisse dieser Untersuchung lediglich Hinweise über den politischen Wandlungsprozess im Sinne des ACFs liefern. Außerdem wäre die Operationalisierung unter Einbezug von theoretischen Erklärungsansätzen für die Stabilität von Subsystemen, wie beispielsweise der Ansatz der Pfadabhängigkeiten, sinnvoll, denn diese würden die hier festgestellte Kontinuität der Beliefs in den Entscheidungsprozessen theoretisch fundieren.

Insgesamt kann diese Arbeit anhand des empirischen Beispiels des Braunkohleausstiegs in Deutschland einen Einblick in die Entstehung von Phase-out Politiken als Aushandlungsprozess verschiedener Akteur*innen geben, bei denen zwei Koalitionen um die Einflussnahme auf Politikentscheidungen ringen. Damit gliedert sich diese Arbeit in die Forschungsdebatte zu Phase-out Politiken als eine Policy zur Destabilisierung des bestehenden soziotechnischen Regimes ein, wobei die Wirkung auf den Destabilisierungsprozess hier durch die fehlenden Hinweise auf einen umfassenden Politikwandel weitestgehend offenbleibt. Inwieweit der Braunkohleausstieg zu einer Beschleunigung der Destabilisierung des Braunkohlesubsystems und ihren Incumbents führt und damit den deutschen Energiewandel vorantreibt, bleibt eine Fragestellung, die in zukünftigen Studien bearbeitet werden könnte.

8. Fazit

Diese Arbeit stellt durch die empirische Anwendung des akteur*innenbasierten Ansatzes des ACFs die Überzeugungen der Akteur*innen im Subsystem um das Phase-out der Braunkohle in Deutschland dar. Mithilfe der Identifikation von Advocacy Koalitionen werden Verände-

rungen in den Überzeugungen aufgezeigt. Diese sind insbesondere in der Wirtschaftscoalition bei der Priorisierung und Ausgestaltung der politischen Instrumente zu verorten. Auf Basis dieser Ergebnisse werden Aspekte von politischen Wandlungsprozessen mithilfe des ACFs beleuchtet. So kann eine Verschiebung der politischen Debatte von der Fragestellung, ob ein Braunkohleausstieg stattfindet, hin zur Gestaltung des Phase-outs für den Untersuchungszeitraum als externer Einflussfaktor festgestellt werden. Die Analyse der Faktoren von Politikwandel zeigt dabei, dass ein umfassender Politikwandel trotz des Beschlusses des Braunkohleausstiegs nicht stattgefunden hat. Diese Arbeit leistet damit einen Beitrag zur Beschreibung eines Teilaspekts des deutschen Energiewandels und zur Entstehung von Phase-out Politiken in der Aushandlung zwischen Akteur*innen des Subsystems.

Die Auswirkungen des Phase-outs auf die deutsche Energiewende und die Erklärung von Politikprozessen auf Basis von inkrementellen Wandlungsprozessen über einen längeren Zeitraum wären deshalb wichtige Ansätze für künftige Forschungen im Feld der Energietransition. Dabei kommt ländervergleichenden Studien eine besondere Bedeutung im Bereich von Phase-out Politiken zu, da diese die Unterschiede in den Aushandlungsprozessen und der Wirkung der Policies beschreiben können.

Literaturverzeichnis

AG Energiebilanzen (2019): Bruttostromerzeugung in Deutschland ab 1990 nach Energieträgern. Online verfügbar unter https://ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=20181214_brd_stromerzeugung1990-2018.pdf, zuletzt aktualisiert am 06.03.2019, zuletzt geprüft am 06.07.2021.

BDI (2018): Kohleausstieg nicht überstürzen. Online verfügbar unter <https://bdi.eu/artikel/news/kohleausstieg-nicht-ueberstuerzen/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

BDI (2020a): Kohleausstiegsgesetz: Bundesregierung muss Strompreisentlastung verbindlich regeln. Online verfügbar unter <https://bdi.eu/artikel/news/kohleausstiegsgesetz-bundesregierung-muss-strompreisentlastung-verbindlich-regeln/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

BDI (2020b): Wichtiger Meilenstein in der deutschen Energiepolitik. Online verfügbar unter <https://bdi.eu/artikel/news/wichtiger-meilenstein-in-der-deutschen-energiepolitik/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

BMAS (2018): Mit diesem Sechs-Punkte-Plan kann der Kohleausstieg gelingen. Ein Gastbeitrag des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, in der WirtschaftsWoche (WiWo) vom 2.8.2018. Online verfügbar unter <https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Reden/Hubertus-Heil/2018/2018-08-02-wiwo.html>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

BMU (2016): Klimaschutzplan 2050 Klimaschutzplan 2050: Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Online verfügbar unter <https://www.bmu.de/publikation/klimaschutzplan-2050/>, zuletzt geprüft am 06.07.2021.

BMU (2018a): Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ nimmt Arbeit auf. Online verfügbar unter <https://www.bmu.de/meldung/kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-nimmt-arbeit-auf/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

BMU (2018b): Statement von Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum Hambacher Forst. Online verfügbar unter <https://www.bmu.de/meldung/statement-von->

- [bundesumweltministerin-svenja-schulze-zum-hambacher-forst/](#), zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- BMU (2020): Der Kohleausstieg ist beschlossen. Online verfügbar unter <https://www.bmu.de/meldung/der-kohleausstieg-ist-beschlossen/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- BMWi (2018): Bundeskabinett setzt Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein. Online verfügbar unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2018/20180606-bundeskabinett-setzt-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-ein.html>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- BMWi (2020): Generationenprojekt Kohleausstieg final beschlossen. Online verfügbar unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200703-generationenprojekt-kohleausstieg-final-beschlossen.html>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Brauers, Hanna; Oei, Pao-Yu; Walk, Paula (2020): Comparing coal phase-out pathways: The United Kingdom's and Germany's diverging transitions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 37, S. 238–253.
- Buirer für Buir (2018): Geben Sie den vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen endlich eine Stimme! Online verfügbar unter https://www.buirerfuerbuir.de/images/pdf/brief_altmaier.pdf, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Buirer für Buir (2020): Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung ist Rückschritt. Online verfügbar unter <https://www.buirerfuerbuir.de/index.php/aktuelles/pressemitteilungen/329-kohleausstiegsgesetz-der-bundesregierung-ist-rueckschritt>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- BUND (2018a): Endspiel um die Kohle – Ausgang ungewiss. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/endspiel-um-die-kohle-ausgang-ungewiss/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- BUND (2018b): Klima schützen – Kohle stoppen: Umweltverbände fordern konkretes Ausstiegsszenario. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/klima-schuetzen-kohle-stoppen-umweltverbaende-fordern-konkretes-ausstiegsszenario/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

BUND (2020): Kohleausstiegsgesetz ist eine Farce – Abschied von der Kohle muss viel schneller kommen. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/presse-mitteilungen/detail/news/bund-kohleausstiegsgesetz-ist-eine-farce-abschied-von-der-kohle-muss-viel-schneller-kommen/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Bundestagsfraktion CDU/CSU (2018): Strukturkommission muss Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit garantieren. Online verfügbar unter <https://www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/strukturkommission-muss-versorgungssicherheit-und-wettbewerbsfaehigkeit-garantieren>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Bundestagsfraktion CDU/CSU (2020): Der Schlüssel für einen erfolgreichen Umbau der Energieversorgung. Online verfügbar unter <https://www.cducsu.de/presse/presse-mitteilungen/der-schluessel-fuer-einen-erfolgreichen-umbau-der-energieversorgung>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Bündnis 90/Die Grünen (2018): Kohlekommission muss in der Klimakrise liefern. Online verfügbar unter <https://www.gruene-bundestag.de/themen/energie/kohlekommission-muss-in-der-klimakrise-liefern>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Bündnis 90/Die Grünen (2020a): Bundesregierung verpasst Chance für echten Klimaschutz. Online verfügbar unter <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/bundesregierung-verpasst-chance-fuer-echten-klimaschutz>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Bündnis 90/Die Grünen (2020b): Kohleausstieg: Mehr Klimaschutz wäre besser gewesen! Online verfügbar unter <https://www.gruene-bundestag.de/presse/presse-mitteilungen/kohleausstieg-mehr-klimaschutz-waere-besser-gewesen>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

CDU (2020): Der Weg aus der Kohle: Einigung zum Kohleausstieg steht. Online verfügbar unter <https://archiv.cdu.de/artikel/der-weg-aus-der-kohle-einigung-zum-kohleausstieg-steht>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

CDU; CSU; SPD (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode. Online verfügbar unter

https://www.bundestag.de/resource/blob/543200/9f9f21a92a618c77aa330f00ed21e308/kw49_koalition_koalitionsvertrag-data.pdf, zuletzt aktualisiert am 10.07.2021.

Deutsche Welle (2018): Wald statt Kohle: Massenprotest am Hambacher Forst. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/hambacher-forst-demonstration-proteste-rwe-braunkohleabbau/a-45780093>, zuletzt geprüft am 10.07.2021.

Deutscher Bundestag (2020): Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv?url=L2Rva3VtZW50ZS90ZXh0YXJjaGl2LzlwMTkva3czOS1kZS1zdHJ1a3R1cnN0YWVya3VuZ3NnZXNldHotNjU3MzY4&mod=mod454772>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Die Bundesregierung (2020): Bund-/Länder-Einigung zum Kohleausstieg. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bund-laender-einigung-zum-kohleausstieg-1712774>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

DIW (2018): Ein zügiger Kohleausstieg in Deutschland und NRW sichert das Klimaziel für 2030. Online verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.596158.de/ein_zuegiger_kohleausstieg_in_deutschland_und_nrw_sichert_das_klimaziel_fuer_2030.html, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

DIW (2020): „Kohleausstieg: Wenig Klimaschutz für viel Geld“. Online verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.793193.de/kohleausstieg_wenig_klimaschutz_fuer_viel_geld.html, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Fischer, Lisa-Britt; Newig, Jens (2016): Importance of Actors and Agency in Sustainability Transitions: A Systematic Exploration of the Literature. In: *Sustainability* 8 (5), S. 476–497.

Fridays for Future (2020a): Bundesweite Proteste von Fridays for Future gegen das Kohleausstiegsgesetz. Online verfügbar unter <https://fridaysforfuture.de/pm-bundesweite-proteste-von-fridays-for-future-gegen-das-kohleausstiegsgesetz/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Fridays for Future (2020b): Offener Brief zur Zukunft des Hambi und Datteln IV. Online verfügbar unter <https://fridaysforfuture.de/brief-hambi-datteln/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

- Geels, Frank W. (2002): Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. In: *Research Policy* 31 (8-9), S. 1257–1274.
- Geels, Frank W. (2004): From sectoral systems of innovation to socio-technical systems. In: *Research Policy* 33 (6-7), S. 897–920.
- Geels, Frank W.; Kern, Florian; Fuchs, Gerhard; Hinderer, Nele; Kungl, Gregor; Mylan, Josephine et al. (2016): The enactment of socio-technical transition pathways: A reformulated typology and a comparative multi-level analysis of the German and UK low-carbon electricity transitions (1990–2014). In: *Research Policy* 45 (4), S. 896–913.
- Geels, Frank W.; Schot, Johan (2011): The Dynamics of Transitions: A Socio-Technical Perspective. In: John Grin, Jan Rotmans und Johan Schot (Hg.): Transitions to sustainable development. New directions in the study of long term transformative change. First issued in paperback. New York, London: Routledge (Routledge studies in sustainability transitions, 1), S. 9–101.
- Geels, Frank W.; Sovacool, Benjamin K.; Schwanen, Tim; Sorrell, Steve (2017): Sociotechnical transitions for deep decarbonization. In: *Science (New York, N.Y.)* 357 (6357), S. 1242–1244.
- Gerring, John (2004): What Is a Case Study and What Is It Good For? In: *The American Political Science Review* 98 (2), S. 341–354.
- Greenpeace (2018a): Farbe gekriegt! Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/themen/energiewende/erneuerbare-energien/farbe-gekriegt>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Greenpeace (2018b): Klimaschutz ernst gemeint. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/themen/energiewende-fossile-energien/kohle/klimaschutz-ernst-gemeint>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Greenpeace (2020a): Greenpeace protestiert vor dem Bundeskanzleramt gegen das Kohleausstiegsgesetz „Blamabel für Deutschland“. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/themen/energiewende-fossile-energien/kohle/blamabel-fuer-deutschland>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

- Greenpeace (2020b): Kohlegesetz: CDU will Milliarden Euro an Energieversorger verschenken. Online verfügbar unter <https://www.greenpeace.de/themen/energiewende-fossile-energien/kohle/unter-einer-decke>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Gründinger, Wolfgang (2017): Drivers of Energy Transition. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Häder, Michael (2010): Empirische Sozialforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hake, Jürgen-Friedrich; Fischer, Wolfgang; Venghaus, Sandra; Weckenbrock, Christoph (2015): The German Energiewende – History and status quo. In: *Energy* 92, S. 532–546.
- Hess, David J. (2014): Sustainability transitions: A political coalition perspective. In: *Research Policy* 43 (2), S. 278–283.
- Hirschl, Bernd (2008): Erneuerbare Energien-Politik. Eine Multi-Level Policy-Analyse mit Fokus auf den deutschen Strommarkt. Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (VS Research Energiepolitik und Klimaschutz).
- IG BCE (2018): Zum Start der Strukturkommission „Reviere brauchen Perspektiven für gute Industriearbeit“. Online verfügbar unter <https://igbce.de/igbce/presse/medieninformationen/-reviere-brauchen-perspektiven-fuer-gute-industriearbeit--23728>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- IG BCE (2020): „Jetzt wird es Zeit, vom Abschalten ins Gestalten zu kommen“. Online verfügbar unter <https://igbce.de/igbce/presse/medieninformationen/-jetzt-wird-es-zeit-vom-abschalten-ins-gestalten-zu-kommen--33326>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Isoaho, Karoliina; Markard, Jochen (2020): The Politics of Technology Decline: Discursive Struggles over Coal Phase-Out in the UK. In: *Rev Policy Res* 37 (3), S. 342–368.
- Jacobsson, Staffan; Lauber, Volkmar (2006): The politics and policy of energy system transformation—explaining the German diffusion of renewable energy technology. In: *Energy Policy* 34 (3), S. 256–276.
- Jenkins-Smith, Hank C.; Nohrstedt, Daniel; Weible, Christopher M.; Ingold, Karin (2018): The Advocacy Coalition Framework: An Overview of the Research Program. In: Christopher

- M. Weible und Paul A. Sabatier (Hg.): Theories of the Policy Process. Fourth edition. | Boulder, CO: Westview Press, 2017.: Routledge, S. 135–171.
- Jenkins-Smith, Hank C.; Sabatier, Paul A. (1994): Evaluating the Advocacy Coalition Framework. In: *J. Pub. Pol.* 14 (2), S. 175–203.
- Johnstone, Phil; Hielscher, Sabine (2017): Phasing out coal, sustaining coal communities? Living with technological decline in sustainability pathways. In: *The Extractive Industries and Society* 4 (3), S. 457–461.
- Kern, Florian; Rogge, Karoline S. (2018): Harnessing theories of the policy process for analysing the politics of sustainability transitions: A critical survey. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 27, S. 102–117.
- Kivimaa, Paula; Kern, Florian (2016): Creative destruction or mere niche support? Innovation policy mixes for sustainability transitions. In: *Research Policy* 45 (1), S. 205–217.
- Köhler, Jonathan; Geels, Frank W.; Kern, Florian; Markard, Jochen; Onsongo, Elsie; Wieczorek, Anna et al. (2019): An agenda for sustainability transitions research: State of the art and future directions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 31, S. 1–32.
- KSWB (2019): Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“: Abschlussbericht. Online verfügbar unter https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt aktualisiert am 10.07.2021.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Grundlagentexte Methoden).
- Kunl, Gregor (2015): Stewards or sticklers for change? Incumbent energy providers and the politics of the German energy transition. In: *Energy Research & Social Science* 8, S. 13–23.
- Kunl, Gregor; Geels, Frank W. (2018): Sequence and alignment of external pressures in industry destabilisation: Understanding the downfall of incumbent utilities in the German energy transition (1998–2015). In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 26, S. 78–100.

- Landesregierung Brandenburg (2018): Woidke begrüßt Einsetzung der Kohle-Kommission – Keine neuen Strukturbrüche in der Lausitz. Online verfügbar unter <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.598002.de>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Landesregierung Brandenburg (2020a): Dietmar Woidke zu Vereinbarung zum Kohleausstieg: „Endlich Klarheit und Planungssicherheit“. Online verfügbar unter <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.657269.de>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Landesregierung Brandenburg (2020b): Woidke zu Kohleausstiegsgesetzen: Bundestag und Bundesrat in der Verantwortung. Online verfügbar unter <https://www.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=bb1.c.671975.de>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Landesregierung NRW (2018a): Ministerpräsident Laschet: Klimaziele erreichen und Wettbewerbsfähigkeit des Industrielandes sichern. Online verfügbar unter <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/ministerpraesident-laschet-klimaziele-erreichen-und-wettbewerbsfaehigkeit-des>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Landesregierung NRW (2018b): Wirtschaftsminister der sechs von einem vorzeitigen Kohle-Ausstieg besonders betroffenen Bundesländer kritisieren Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Online verfügbar unter <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/wirtschaftsminister-der-sechs-von-einem-vorzeitigen-kohle-ausstieg-besonders>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Landesregierung NRW (2020): Nordrhein-Westfalen begrüßt Beschluss der Gesetze zum Kohleausstieg. Online verfügbar unter <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/nordrhein-westfalen-begruesst-beschluss-der-gesetze-zum-kohleausstieg>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Landesregierung Sachsen (2020): Milliarden-Bundeshilfen zur Strukturentwicklung in den Braunkohleregionen beschlossene Sache. Online verfügbar unter <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/238389>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

- Lauber, Volkmar; Jacobsson, Staffan (2016): The politics and economics of constructing, contesting and restricting socio-political space for renewables – The German Renewable Energy Act. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 18, S. 147–163.
- LEAG (2018): Voller Energie rund um die Uhr. LEAG. Online verfügbar unter https://www.leag.de/fileadmin/user_upload/pdf/LEAG-Image_Broschuere_01.pdf, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- LEAG (2020): LEAG trägt den Kohleausstiegsplan der Regierung mit. Online verfügbar unter <https://www.leag.de/de/news/details/leag-traegt-den-kohleausstiegsplan-der-regierung-mit/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Leipprand, Anna; Flachsland, Christian (2018): Regime destabilization in energy transitions: The German debate on the future of coal. In: *Energy Research & Social Science* 40, S. 190–204.
- Leipprand, Anna; Flachsland, Christian; Pahle, Michael (2017): Advocates or cartographers? Scientific advisors and the narratives of German energy transition. In: *Energy Policy* 102, S. 222–236.
- Löhr, Meike (2020): *Energietransitionen. Eine Analyse der Phasen und Akteurskoalitionen in Dänemark, Deutschland und Frankreich*. Wiesbaden: Springer VS.
- Longen, Jessica; Hoffmann, Sebastian; Weyer, Johannes (2015): „Governance of Discontinuation“ als neue Perspektive der sozialwissenschaftlichen TA. In: Alexander Bogner, Michael Decker und Mahshid Sotoudeh (Hg.): *Responsible Innovation: Nomos*, S. 121–128.
- Markard, Jochen (2018): The next phase of the energy transition and its implications for research and policy. In: *Nat Energy* 3 (8), S. 628–633.
- Markard, Jochen; Bento, Nuno; Kittner, Noah; Nuñez-Jimenez, Alejandro (2020): Destined for decline? Examining nuclear energy from a technological innovation systems perspective. In: *Energy Research & Social Science* 67, 101512.
- Markard, Jochen; Raven, Rob; Truffer, Bernhard (2012): Sustainability transitions: An emerging field of research and its prospects. In: *Research Policy* 41 (6), S. 955–967.

- Markard, Jochen; Rinscheid, Adrian; Widdel, Linda (2021): Analyzing transitions through the lens of discourse networks: Coal phase-out in Germany. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 40, S. 315–331.
- Markard, Jochen; Suter, Marco; Ingold, Karin (2016): Socio-technical transitions and policy change – Advocacy coalitions in Swiss energy policy. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 18, S. 215–237.
- Matti, Simon; Sandström, Annica (2011): The Rationale Determining Advocacy Coalitions: Examining Coordination Networks and Corresponding Beliefs. In: *Policy Stud J* 39 (3), S. 385–410.
- Müller-Hansen, Finn; Callaghan, Max W.; Lee, Yuan Ting; Leipprand, Anna; Flachsland, Christian; Minx, Jan C. (2021): Who cares about coal? Analyzing 70 years of German parliamentary debates on coal with dynamic topic modeling. In: *Energy Research & Social Science* 72, S. 1–18.
- Pierce, Jonathan J.; Peterson, Holly L.; Jones, Michael D.; Garrard, Samantha P.; Vu, Theresa (2017): There and Back Again: A Tale of the Advocacy Coalition Framework. In: *Policy Stud J* 45 (S1), S13-S46.
- Quitow, Leslie; Canzler, Weert; Grundmann, Philipp; Leibenath, Markus; Moss, Timothy; Rave, Tilmann (2016): The German Energiewende – What’s happening? Introducing the special issue. In: *Utilities Policy* 41, S. 163–171.
- Reichardt, Kristin; Negro, Simona O.; Rogge, Karoline S.; Hekkert, Marko P. (2016): Analyzing interdependencies between policy mixes and technological innovation systems: The case of offshore wind in Germany. In: *Technological Forecasting and Social Change* 106, S. 11–21.
- Reiche, Danyel T. (2004): Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen einer Vorreiterpolitik. Frankfurt am Main: Lang.
- Rogge, Karoline S.; Johnstone, Phil (2017): Exploring the role of phase-out policies for low-carbon energy transitions: The case of the German Energiewende. In: *Energy Research & Social Science* 33, S. 128–137.

- Rosenbloom, Daniel (2018): Framing low-carbon pathways: A discursive analysis of contending storylines surrounding the phase-out of coal-fired power in Ontario. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 27, S. 129–145.
- RWE (2018): Energiewelt von morgen. Online verfügbar unter <https://www.rwe.com/-/media/RWE/documents/00-homepage/rwe-broschuere-energiewende.pdf>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- RWE (2020a): Kohleausstieg nach zwei Jahren gesetzlich geregelt. Online verfügbar unter <https://www.rwe.com/presse/rwe-ag/2020-07-03-kohleausstieg-nach-zwei-jahren-gesetzlich-geregelt>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- RWE (2020b): RWE geht mit Verständigung zum Kohleausstieg bis an die Grenzen des Machbaren. Online verfügbar unter <https://www.rwe.com/presse/rwe-ag/2020-01-16-rwe-geht-mit-verstaendigung-zum-kohleausstieg-bis-an-die-grenzen-des-machbaren>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Sabatier, Paul A. (1988): An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. In: *Policy Sci* 21 (2-3), S. 129–168.
- Sabatier, Paul A. (1998): The advocacy coalition framework: revisions and relevance for Europe. In: *Journal of European Public Policy* 5 (1), S. 98–130.
- Sabatier, Paul A.; Jenkins-Smith, Hank C. (1999): The Advocacy Coalition Framework: An Assessment. In: Paul A. Sabatier (Hg.): *Theories of the policy process*. Boulder, Colo.: Westview Press (Theoretical lenses on public policy), S. 117–166.
- Sabatier, Paul A.; Weible, Christopher M. (2007): The Advocacy Coalition Framework: Innovations and Clarifications. In: Paul A. Sabatier (Hg.): *Theories of the policy process*. 2. Aufl. London: Westview Press, S. 189–220.
- Schmid, Eva; Knopf, Brigitte; Pechan, Anna (2016): Putting an energy system transformation into practice: The case of the German Energiewende. In: *Energy Research & Social Science* 11, S. 263–275.
- Smith, Adrian; Voß, Jan-Peter; Grin, John (2010): Innovation studies and sustainability transitions: The allure of the multi-level perspective and its challenges. In: *Research Policy* 39 (4), S. 435–448.

- SPD (2020): Deutschland steigt aus Kohle aus. Online verfügbar unter <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/deutschland-steigt-aus-kohle-aus/03/07/2020/>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.
- Statistik der Kohlenwirtschaft (2019): Der Kohlenbergbau in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Online verfügbar unter https://kohlenstatistik.de/wp-content/uploads/2019/10/Kohlenwirt_Silberheft_final.pdf, zuletzt aktualisiert am 11.2019, zuletzt geprüft am 06.07.2021.
- Stefes, Christoph H. (2016): Critical Junctures and the German Energiewende. In: Carol Hager und Christoph H. Stefes (Hg.): Germany's Energy Transition. New York: Palgrave Macmillan US, S. 63–89.
- Stegmaier, Peter; Kuhlmann, Stefan; Visser, Vincent R. (2014): The discontinuation of socio-technical systems as a governance problem. In: Susana Borrás und Jakob Edler (Hg.): The Governance of Socio-Technical Systems: Edward Elgar Publishing, S. 111–131.
- Turnheim, Bruno; Geels, Frank W. (2012): Regime destabilisation as the flipside of energy transitions: Lessons from the history of the British coal industry (1913–1997). In: *Energy Policy* 50, S. 35–49.
- UBA (2020): Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommix in den Jahren 1990 - 2019. Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/en/publikationen/entwicklung-der-spezifischen-kohlendioxid-6>, zuletzt aktualisiert am 05.04.2021, zuletzt geprüft am 05.04.2021.
- UBA (2021): Erneuerbare Energien in Deutschland: Daten zur Entwicklung im Jahr 2020. Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021_hgp_erneuerbareenergien_deutsch_bf.pdf, zuletzt aktualisiert am 03.2021.
- Weible, Christopher M.; Ingold, Karin (2018): Why advocacy coalitions matter and practical insights about them. In: *policy polit* 46 (2), S. 325–343.
- Weible, Christopher M.; Ingold, Karin; Nohrstedt, Daniel; Henry, Adam Douglas; Jenkins-Smith, Hank C. (2020): Sharpening Advocacy Coalitions. In: *Policy Stud J* 48 (4), S. 1054–1081.

Weible, Christopher M.; Jenkins-Smith, Hank C. (2016): The Advocacy Coalition Framework: An Approach for the Comparative Analysis of Contentious Policy Issues. In: Philippe Zittoun (Hg.): Contemporary approaches to public policy - theories, controversies and pers. London: Palgrave Macmillan, S. 15–34.

Weible, Christopher M.; Sabatier, Paul A. (Hg.) (2018): Theories of the Policy Process. Fourth edition. Boulder, CO: Westview Press, 2017.: Routledge.

Weible, Christopher M.; Sabatier, Paul A.; McQueen, Kelly (2009): Themes and Variations: Taking Stock of the Advocacy Coalition Framework. In: *Policy Studies Journal* 37 (1), S. 121–140.

Anhang

Auflistung des Inhalts:

1. Operationalisierung der Policy Core Beliefs und Kategoriensystem
2. Datensammlung: Liste der Akteur*innen und der Dokumente

Anhang 1: Operationalisierung der Policy Core Beliefs und Kategoriensystem

Dimension der Policy Core Beliefs	Ableitung für das Fallbeispiel	Subdimension	Kategorien
1. Wichtigkeit und Bedeutung der Problemstellung	Ambition der Akteur*innen	Geschwindigkeit des Braunkohleausstiegs	Der Braunkohleausstieg... 1) ...darf nicht/nur unter bestimmten Voraussetzungen stattfinden. 2) ...muss zügig unter bestimmten Voraussetzungen stattfinden. 3) ...muss schnellstmöglich stattfinden.
2. Ursache der Problemstellung	Klimaschutzziele	Wirkung der Braunkohleverstromung auf das Erreichen der Klimaschutzziele	Die Braunkohleverstromung... 1) ...spielt keine Rolle... 2) ...ist ein Teilaspekt ... 3) ...ist entscheidend... ...für das Erreichen der Klimaschutzziele.
3. Verantwortlichkeit zur Adressierung des Problems	Staat oder Markt	Staatliche oder marktwirtschaftliche Regulierung	1) Der Ausstieg/Die Reduktion erfolgt über die marktwirtschaftliche Regulierung durch den CO ² -Preis. 2) Die staatlichen Institutionen müssen starke Anreize für eine/n marktbasieren Ausstieg/Reduktion schaffen. 3) Die staatlichen Institutionen müssen den Ausstieg/die Reduktion festlegen und regulieren.
4. Partizipation der Öffentlichkeit	Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und der öffentlichen Meinung	Berücksichtigung in Entscheidungsprozessen	Die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung und/oder zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ... 1) ...ist sehr wichtig. 2) ...muss mitgedacht werden. 3) ...ist nicht so wichtig.
5. Priorisierung politischer Instrumente	Dialogorientierte Lösung	Die Arbeit der KSWB	Die Entwicklung und Umsetzung eines Konsenses in der KSWB... 1) ...ist sehr wichtig. 2) ... ist wünschenswert. 3) ... ist nicht so wichtig.
	Politische Regulie-	Beschluss des Kohleaus-	Die gesetzliche Festlegung...

	rung	stiegsgesetz	1) ...ist sehr wichtig. 2) ... ist wünschenswert. 3) ... ist nicht so wichtig.
	Management des Strukturwandels	Unterstützung mit Maßnahmen zum Strukturwandel in den Braunkohleregionen	Die Unterstützung mit Maßnahmen für den Strukturwandel... 1) ... ist sehr wichtig. 2) ... ist wünschenswert. 3) ... ist nicht so wichtig.
	Kompensation	Kompensationszahlungen für finanzielle Verluste durch den Braunkohleausstieg	Die Kompensationszahlungen sind... 1) ... ist sehr wichtig. 2) ... ist wünschenswert. 3) ... ist nicht so wichtig.
6. Grundlegende Vorstellungen	Wirtschaft	Wettbewerbsfähigkeit	Die Auswirkung auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit... 1) ...hat Priorität. 2) ...muss mitgedacht werden. 3) ...ist nicht drängend.
		Strompreise	Die Auswirkung auf die Strompreise... 1) ...hat Priorität. 2) ...muss mitgedacht werden. 3) ...ist nicht drängend.
		Arbeitsplätze	Die Auswirkung auf den Arbeitsmarkt... 1) ...hat Priorität. 2) ...muss mitgedacht werden. 3) ...ist nicht drängend.
		Energieversorgungssicherheit für Industrie	Die Auswirkung auf die Energieversorgungssicherheit... 1) ...hat Priorität. 2) ...muss mitgedacht werden. 3) ...ist nicht drängend.
		Planungssicherheit für wirtschaftliche Akteur*innen	Die Planungssicherheit... 1) ...hat Priorität. 2) ...wäre wünschenswert. 3) ...ist nicht drängend.
	Umwelt	Einhaltung der Pariser Klimaziele	Die Einhaltung der Pariser Klimaziele... 1) ...ist sehr wichtig. 2) ...wäre wünschenswert. 3) ...ist nicht drängend.

Anhang 2: Datensammlung: Liste der Akteur*innen und der Dokumente

Gruppe	Akteur*in	Dokumente
Bundesministerien	BMU	<ul style="list-style-type: none"> • Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" nimmt Arbeit auf (2018a) • Statement von Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum Hambacher Forst (2018b) • Der Kohleausstieg ist beschlossen (2020)
	BMWi	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeskabinett setzt Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein (2018) • Generationenprojekt Kohleausstieg final beschlossen (2020)
Politische Parteien	CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturkommission muss Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit garantieren (Bundestagsfraktion CDU/CSU 2018) • Der Schlüssel für einen erfolgreichen Umbau der Energieversorgung (Bundestagsfraktion CDU/CSU 2020) • Der Weg aus der Kohle: Einigung zum Kohleausstieg steht (2020)
	SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Mit diesem Sechs-Punkte-Plan kann der Kohleausstieg gelingen. Ein Gastbeitrag des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, in der WirtschaftsWoche (WiWo) (BMAS 2018) • Deutschland steigt aus Kohle aus (2020)
	Bündnis 90/ Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Kohlekommission muss in der Klimakrise liefern (2018) • Bundesregierung verpasst Chance für echten Klimaschutz (2020a) • Kohleausstieg: Mehr Klimaschutz wäre besser gewesen! (2020b)
Landesregierungen	Landesregierung Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> • Woidke begrüßt Einsetzung der Kohle-Kommission – Keine neuen Strukturbrüche in der Lausitz (2018) • Wirtschaftsminister der sechs von einem vorzeitigen Kohle-Ausstieg besonders betroffenen Bundesländer kritisieren Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Landesregierung NRW 2018b) • Dietmar Woidke zu Vereinbarung zum Kohleausstieg: „Endlich Klarheit und Planungssicherheit" (2020a) • Woidke zu Kohleausstiegsgesetzen: Bundestag und Bundesrat in der Verantwortung (2020b)
	Landesregierung NRW	<ul style="list-style-type: none"> • Ministerpräsident Laschet: Klimaziele erreichen und Wettbewerbsfähigkeit des Industrielandes sichern (2018a) • Wirtschaftsminister der sechs von einem vorzeitigen Kohle-Ausstieg besonders betroffenen Bundesländer kritisieren Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2018b) • Nordrhein-Westfalen begrüßt Beschluss der Gesetze zum Kohleausstieg

		(2020)
	Landesregierung Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> Wirtschaftsminister der sechs von einem vorzeitigen Kohle-Ausstieg besonders betroffenen Bundesländer kritisieren Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Landesregierung NRW 2018b). Milliarden-Bundeshilfen zur Strukturentwicklung in den Braunkohleregionen beschlossene Sache (2020)
Energieversorger und Vertreter*innen der Industrie	RWE	<ul style="list-style-type: none"> Energiewelt von morgen (2018) Kohleausstieg nach zwei Jahren gesetzlich geregelt (2020a) RWE geht mit Verständigung zum Kohleausstieg bis an die Grenzen des Machbaren (2020b)
	LEAG	<ul style="list-style-type: none"> Voller Energie rund um die Uhr (2018) LEAG trägt den Kohleausstiegsplan der Regierung mit (2020)
	BDI	<ul style="list-style-type: none"> Kohleausstieg nicht überstürzen (2018) Kohleausstiegsgesetz: Bundesregierung muss Strompreisentlastung verbindlich regeln (2020a) Wichtiger Meilenstein in der deutschen Energiepolitik (2020b)
Gewerkschaften	IG BCE	<ul style="list-style-type: none"> Zum Start der Strukturkommission „Reviere brauchen Perspektiven für gute Industriearbeit“ (2018) "Jetzt wird es Zeit, vom Abschalten ins Gestalten zu kommen" (2020)
NGOs und zivilgesellschaftliche Akteur*innen	BUND	<ul style="list-style-type: none"> Endspiel um die Kohle – Ausgang ungewiss (2018a) Klima schützen – Kohle stoppen: Umweltverbände fordern konkretes Ausstiegsszenario (2018b) Kohleausstiegsgesetz ist eine Farce – Abschied von der Kohle muss viel schneller kommen (2020)
	Greenpeace	<ul style="list-style-type: none"> Farbe gekriegt! (2018a) Klima schützen – Kohle stoppen: Umweltverbände fordern konkretes Ausstiegsszenario (BUND 2018b) Klimaschutz ernst gemeint (2018b) Greenpeace protestiert vor dem Bundeskanzleramt gegen das Kohleausstiegsgesetz „Blamabel für Deutschland“ (2020a) Kohlegesetz: CDU will Milliarden Euro an Energieversorger verschenken (2020b)
	Buirer für Buir	<ul style="list-style-type: none"> Geben Sie den vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen endlich eine Stimme! (2018) Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung ist Rückschritt (2020)
	Fridays for Future	<ul style="list-style-type: none"> Bundesweite Proteste von Fridays for Future gegen das Kohleausstiegsgesetz (2020a)

		<ul style="list-style-type: none"> • Offener Brief zur Zukunft des Hambi und Datteln IV (2020b)
Vertreter*innen der Wissenschaft	DIW	<ul style="list-style-type: none"> • Ein zügiger Kohleausstieg in Deutschland und NRW sichert das Klimaziel für 2030 (2018) • „Kohleausstieg: Wenig Klimaschutz für viel Geld“ (2020)